Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51. **Freitag, den 1. März 1907.** **14. Jahrg.**

Hierzu zwei Beilagen.

Die kalte Dusche.

hc. „Wer in diesem Wahlkampfe gesiegt hat, ist das deutsche Volk!" hat der Reichskanzler gesprochen. Man muß dem leitenden Staatsmann zugestehen — so schöne Sprüche können nicht viele Leute machen und das „Volk" des Flottenvereins und des Reichsverbandes, das „Volk" der nationalliberalen Streber und der mausegrau gewordenen Freisinnigen wird sich noch lange an dieser prächtig schillernden Phrase erbauen. Weniger erbaut wird das eigentliche deutsche Volk sein, das von seiner Arbeit und von der Hand in den Mund leben muß und den Hauptanteil der öffentlichen Lasten aufzubringen hat. Soweit es sich zur Sozialdemokratie bekennt, ist es keinen Enttäuschungen ausgesetzt, denn die Sozialdemokratie hat keine Zweifel darüber aufkommen lassen, was eintreten würde, wenn der sogenannte nationale Gedanke, hinter dem sich in diesem Falle die Reaktion versteckt, zum Siege gelangte. Nun hat sich ein großer Teil des deutschen Volkes von der „nationalen" Begeisterung mitreißen lassen und die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung hat der „nationalen" Minderheit der Wähler mehr Mandate zufallen lassen, als der oppositionellen Mehrheit der Wähler. Der dadurch erzeugte Größenwahn der liberalen und reaktionären Presse wird noch eine Weile fortdauern, aber in dem getäuschten Volke wird nun die nationale Begeisterung bald nachlassen. Man erinnere sich an die Versprechungen während der Wahl, an die Kolonialphantasien, an die goldene Zukunft, die da ausgemalt wurde, von der völkerbeglückenden Dattelkiste bis zu den Diamantfeldern und Goldgruben. Gutes, deutsches Volk, das sich mit diesen kinematographischen Bildern zu einem so großen Teile ködern, begeistern, ja bezaubern ließ!

Aber gleich als erster Redner im Reichstage trat der Mann mit der kalten Dusche auf, der keine Ursache hat, schillernde Phrasen zu machen. Der Schatzsekretär, Herr von Stengel, spielt als Redner keine große Rolle und was er sagt, ist von destillierter Nüchternheit. Es war eine eisige Sturzwelle, die er über die Köpfe der von „nationaler" Begeisterung mitgerissenen Deutschen ausgoß. Das Defizit beträgt dreißig Millionen und man will es vorläufig noch einmal auf die Matrikularbeiträge übernehmen. Aber das gewohnte Jammergeschrei der Einzelstaaten wird sich diesmal in verstärktem Maße erheben und die neuen Steuern werden nicht ausbleiben. Der Herr Schatzsekretär wäscht seine Hände in Unschuld — auch die Steuerkommission hat anerkannt, daß die letzten neuen Steuern nicht ausreichend sind. In dem „vorläufig" liegt der Schlüssel zur nächsten Zukunft der Finanzpolitik. Die neuen Steuern sind nach Meinung der Regierung eine Unvermeidlichkeit.

So ist schon gleich zu Anfang der Etatsberatung in völlig offizieller Form bestätigt worden, was die Sozialdemokratie während des Wahlkampfes so sehr betont hat — daß nicht Goldströme aus den Kolonien, sondern neue Steuern kommen würden. Welcher Art sie sein werden, weiß man noch nicht. Jedenfalls wird niemand etwas darauf geben, wenn nun das demagogische Gefasel von der „Schonung der schwächeren Schultern" wieder beginnt. Denn man weiß doch nachgerade, daß dies immer mit einer neuen Bepackung eben dieser schwächeren Schultern endigt.

Die Anstrengungen des Reichskanzlers, durch mehr oder weniger amüsante Plaudereien die Aufmerksamkeit des Volkes von diesem springenden Punkte abzulenken, mögen bei jenem Publikum der Galerien des Reichstags Erfolg haben, dem jetzt zu applaudieren erlaubt ist. Dies Publikum besteht aus Kolonial- und anderen Reichsbeamten und Patrioten vom Reichsverband und Flottenverein, hat also Grund, vergnügt zu sein. Was wohl geschehen wäre, wenn auf dem Teile der Galerien, wo sich mehr das eigentliche Volk zu befinden pflegt, bei der Ankündigung der neuen Steuern gezischt worden wäre?

Die Wirkung der eisig kalten Dusche bei den enttäuschten „nationalgesinnten" Wählern will der Reichskanzler mildern durch sein „Reform-Programm." Das Vereins- und Versammlungsrecht, Strafrecht und Strafprozeß sollen „reformiert", die Sozialpolitik soll weiter geführt werden. Niemand wird sich der Tatsache verschließen, daß man von diesen „Reformen" nur Dürftiges erwarten kann; die neue Situation ist zu wirklichen Reformen gar nicht angetan. Man erinnere sich, wie die Junker unlängst in ihren engeren Konventikeln gegen die Sozialpolitik getobt, wie sie von „Schnapsrentnern" gesprochen und wie sie behauptet haben, durch die Zugeständnisse an die Arbeiter werde die bestia humana entfesselt. Aber bei den „oberen Zehntausend" wird man immerhin eine Weile den „gewiegten Staatsmann" bewundern.

Die „liberale Linke" bekommt bei dieser Wendung der Dinge die schönste Rolle zugeteilt. Sie hat A gesagt, indem sie sich bei den Wahlen für eine „nationale" Politik ins Zeug legte. Nun soll sie B sagen, das heißt sie soll eine „Hurramajorität" bilden helfen. Sie muß für die „nationale" Politik nun auch neue Steuern und was damit zusammenhängt, bewilligen; für die „nationale" Politik werden neue Hunderte von Millionen für das Heer, für die Flotte und für die Kolonien verlangt werden.

Das mit der Ankündigung neuer Steuern erwachende Unbehagen können „staatsmännische" Schönfärbereien nicht verschweigen. Binnen kurzem wird sich der allgemeine Unwille der Wähler gegen die neue „nationale" Hurramajorität richten. Leider wird die Erkenntnis erst kommen, nachdem die große Torheit gemacht ist, aber sie wird kommen und sie wird dem Herrn Reichskanzler recht viel Wasser in seinen Wein gießen.

Die sozialdemokratische Fraktion befindet sich alledem gegenüber trotz ihrer numerischen Schwächung in einer günstigen Position. Sie wird das Vertrauen ihrer Wähler nicht verlieren. Seitdem in der Thronrede gesagt worden, die sozialpolitische Gesetzgebung sei von der Sozialdemokratie bekämpft worden, sind alle bürgerlichen Zeitungen, vom großen Börsenblatt bis zum kleinen Kreisblättchen, geschäftig, zu beweisen, daß die Sozialdemokratie überhaupt zu positiver Arbeit unfähig sei. Das ist schon tausendmal widerlegt worden; wollte man alles zusammenstellen, was sie an positiver gesetzgeberischer Arbeit allein im Reichstage geleistet hat, so würde das eine stattliche Sammlung geben. Und sie wird auch gegenüber der Bülowschen Sozialpolitik die Spreu vom Weizen zu sondern wissen und sie wird, wenn der Gesetzentwurf über die Berufsvereine in seiner alten Gestalt wieder erscheint und als eine „Wohltat" für die Arbeiter angepriesen wird, dafür sorgen, daß solcher blaue Dunst zerstreut wird. Sie wird es an positiver Arbeit gewiß so wenig fehlen lassen, wie sonst. Nach wie vor aber wird sie die schärfste Kritik an der Regierungspolitik und an den alten Parteien üben. Eine solche Tätigkeit wußte man früher, als die herrschenden Klassen noch nicht so verflacht waren wie heute, und es noch mehr erleuchtete Geister unter ihnen gab, zu schätzen.

So schreibt Varnhagen von Ense in seinen „Tagebüchern" im Jahre 1845:

„Für den Staat ist nichts heilsamer, als daß jede leitende Tätigkeit in ihm unaufhörlich überwacht, geprüft ..... jeder Mangel sogleich gerügt, alles Tadelnswerte schonungslos angezeigt, öffentlich getadelt und bekämpft werde. Das Verdecken und Vertuschen, welches eine falsche Ehre und eine falsche Vaterlandsliebe so häufig vorschreiben will, muß immer schaden."

Zu einer solchen heilsamen Tätigkeit ist im Reichstage nur die Sozialdemokratie befähigt. Ihre Gegner nennen das „reine Negation" und beweisen damit ihre eigene Untauglichkeit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Reichsverbandsstil war bekanntlich die Dienstagrede des Fürsten Bülow im Reichstage gehalten. Daß Letzterer hierbei auch die vom Reichsverband aufgestellten Lügen sich zu eigen gemacht hat, geht aus folgender Depesche hervor, die unser Genosse, Parteisekretär Dittmann in Frankfurt a. M. an Bülow gesandt hat:

Herrn Reichskanzler Fürst Bülow,
Berlin, Reichstag.

Herr Reichskanzler!

In der gestrigen Reichstagssitzung haben Sie nach dem ersten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 27. Februar die Behauptung aufgestellt, ein von mir für den Vertreter des sozialdemokratischen Reichstagswahlkomitees in Frankfurt a. M. unterzeichnetes Flugblatt mit der Nachricht von einem am Morgen des Stichwahltages unternommenen Versuch eines Stimmenkaufs für den freisinnig-demokratischen Kandidaten Oeser sei bereits am Abend vor der Stichwahl in Druck und zur Verteilung bereitgelegt gewesen. Ich setze Sie davon in Kenntnis, daß bereits im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung" vom selben Tage eine von mir stammende Berichtigung enthalten war, in welcher unter Zeit, Orts- und Zeugenangabe erklärt wurde, daß diese Behauptung unwahr sei und daß ich gegen die „Frankfurter Zeitung" klagbar vorgehen werde. Nachdem Sie die mich aufs schwerste compromittierende objektive, unwahre Behauptung der „Frankfurter Zeitung" vor dem ganzen Lande wiederholt haben, darf ich nunmehr von Ihrer Loyalität erwarten, daß Sie auch meine Berichtigung, deren Wortlaut im heutigen „Vorwärts" veröffentlicht wird, an derselben Stelle zur Kenntnis geben werden.

Wilhelm Dittmann
Sozialdemokratischer Parteisekretär in Frankfurt a. M.

Wir wollen abwarten, wie sich der Reichskanzler dieser Anforderung gegenüber verhalten wird. Vielleicht kommt er bei seiner Selbstrektifizierung auch noch auf seine früheren „objektiven Unwahrheiten" zurück!

Im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza hat das Zentrum, das ursprünglich die konservative Kandidatur unterstützen wollte, jetzt seinen Anhängern die Abstimmung freigegeben.

Sachsen gegen die Schiffahrtsabgaben. Der sächsische Finanzminister Dr. Rüger hat einer Abordnung des sächsischen Schiffervereins gegenüber erklärt, daß Sachsen im Bundesrate gegen die Einführung der Schiffahrtsabgaben stimmen werde.

Sie wollen sich nicht blamieren. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beschloß in erneuter Beratung die Nichtgenehmigung der strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Redakteure Molkenbuhr, Wittmack und Dornheim wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses.

Weitere „Herrlichkeiten" aus deutschen Kolonien. Der deutsche Bureaukratismus macht sich nicht nur im Vaterlande, sondern auch in den Kolonien arg bemerkbar. Über ihn klagt der bekannte Missionar Schowalter an der Hand einer Reihe von Beispielen, von denen wir nur folgende wenigen anführen wollen:

„X. Y. will mit seiner Frau über Windhuk nach seinem neuen Heim reisen. Die Eisenbahn steht noch unter militärischer Verwaltung und dient vornehmlich der Truppenverpflegung: Personenwagen gibt es nicht, die Passagiere suchen sich auf den Kisten, Kohlen und Säcken der Frachtwagen einen Platz. Da aber ein höherer Offizier mitfährt, ist ein Personenwagen eingestellt, dessen eine Hälfte acht Personen einnehmen, während die davon getrennte zweite Hälfte der Offizier mit Beschlag belegt; sein Bursche sitzt, der Befehle gewärtig, vor der Tür. Der Zug fährt nach Nordost, teilweise nach Norden, und da die Sonne mittags auch im Norden steht, so brennt sie den Insassen der vorderen Hälfte des Wagens ins Gesicht, wenn sie den Kopf hinausstrecken, um die Gegend zu betrachten. Bei der nächsten Station geht X. Y. in den hinteren Teil des Wagens und setzt sich zu dem Offiziersburschen, wo er gedeckt vom Wagendach, nach rückwärts Ausschau halten kann. Ein Wink vom Herrn Major und der Zugführer tritt heran und weist X. Y. weg, damit dem Herrn Major der Anblick eines Zivilisten erspart bleibt. Alle Remonstrationen halfen nichts; „es ist Befehl". Trotzdem hat es X. Y. noch gut; es ist vorgekommen, daß bei strömendem Regen — es ist eine dreitägige Fahrt — Damen um Aufnahme in den geschlossenen Wagen gebeten haben, wo einige Leutnants ihren Skat spielten, und haben sie nicht gefunden.

X. Y. kauft sich im nächsten Orte ein Haus und richtet einen Laden ein. Aber vor dem Hause fehlt die gedeckte Veranda, sodaß die Kunden, die plaudernd oder eine Tasse Kaffee trinkend aus dem heißen Laden heraustretend sofort im glühenden Sonnenbrand stehen; X. Y. will also eine Veranda bauen. Die Erlaubnis wird ihm aber im Hinblick auf das Alignement (!) — der Platz vor seinem Hause ist etwa 3000 Quadratmeter große — versagt. Später entschließt er sich, anzubauen. Der eingereichte Plan kann, wie man ihn herablassend belehrt, schon darum nicht genehmigt werden, weil im Grundriß eines Zimmers steht „3 X 5", während der Genauigkeit halber an der Schmalseite „3 Meter" und an der Langseite „5 Meter" stehen muß. Das wird geändert. Nun aber stellt sich bei mehrwöchiger Prüfung heraus, daß der Neubau auf eine Entfernung von 2 Metern an das Nebenhaus zu stehen kommt, das ebenfalls X. Y. gehört. Das erlaubt die Bauordnung (das gibt es auch!) nicht, die 3 Meter Abstand fordert. Nun muß der Bau unterbleiben. Ein ingenöser Baumeister hilft aus der Not: man überbaut die beiden Häuser durch einen Bogen; dann ist das Ganze ein Haus. Und nun wird das Projekt genehmigt.

Sein allgemeines Urteil über den englischen und den deutschen Verwaltungsbeamten formuliert Schowalter wie folgt:

„Der englische Beamte weiß, daß er nicht alles weiß; wo sein Schema nicht ausreicht, läßt er mit sich handeln; er kehrt niemals den Beamten heraus, er geht am liebsten ohne Uniform, er sieht nicht die Disziplin als die Hauptsache an und drückt sich vor der Arbeit, wo er kann. Dadurch wird das Feld frei für Privatinitiative, und jeder Ansiedler fühlt sich dem Beamten gleichgestellt. Das gibt Arbeitsfreudigkeit bei denen, die arbeiten wollen. Der deutsche Beamte weiß mehr als sein englischer Kollege, und er weiß, daß er viel weiß; er möchte alles allein machen, er geht allem bis ins kleinste nach, er kommandiert und reglementiert ohne Unterlaß. Dabei entsteht allgemeine Unsicherheit, wenn die klare Anweisung der Regierung fehlt, die private Schaffenslust erstirbt, die Bevölkerung ist in steter stiller Opposition gegen die alles Regierenden, gegen ihr Papier und ihre Tinte, und der Zusammenhalt fehlt. Auf dem englischen Gebiet ist der Polizist ein Diener, auf dem

deutschen der größte Herr, wenigstens gegenüber der Zivilbevölkerung. Die englische Nonchalance und — nicht zu vergessen — der englische Sport mit seiner ausgleichenden und den Menschen auch im Beamten erhaltenden Wirkung macht mehr Ansiedler zu Engländern als die angebliche Vortrefflichkeit der englischen Verwaltung."

Das sind ja nette Zustände, wie sie hier von einem genauen Kenner der Verhältnisse geschildert werden. Trotz dieser für die deutsche Kolonialverwaltung gewiß nicht angenehmen Kritik aber wird in unseren „herrlichen" Kolonien alles beim alten bleiben.

Im Reichstage hielt gestern der Zentrumsdemokrat Gröber in einer mehrstündigen Rede dem Kaffernkartell und der Regierung den Spiegel vor, was zu heftigen Wutausbrüchen der Kartellisten führte. Wir kommen morgen auf diese Ausführungen zurück und verweisen im übrigen [illegible] Leser auf den ausführlichen Sitzungsbericht.

Der [illegible]iorenkonvent des Reichstages beschloß, daß die Karten für die Reichstagstribünen zukünftig nicht mehr vom Reichstagsbureau ausgegeben, sondern von dem Bureau den Fraktionen nach dem Grade ihrer Stärke überwiesen werden sollen.

Kein Kumberländer, sondern vermutlich ein preußischer Regent wird fortan den Braunschweigischen Herzogthron zieren, nachdem in der gestrigen Bundesratssitzung sämtliche Ansprüche der Kumberländer abgelehnt worden sind.

Der Wahlprotest in Hannover-Linden, der sich gegen die Wahl unseres Genossen Brey richtet, will eine Masse grobe Verstöße entdeckt haben. Wie bürgerliche Blätter berichten, wird in dem Protest u. a. gesagt, daß in den Wählerlisten die Namen von vierzehn Personen aufgeführt sind, die bereits vor längerer Zeit gestorben sind, trotzdem sollen acht von „diesen Toten" gewählt haben. Zwei Wählerlisten enthalten die Namen von Frauen, und zwar derart, daß die Namen Auguste auf „Aug." abgekürzt waren; für beide Frauen wurden Stimmen abgegeben. Achtundzwanzig Personen haben ihre Stimmen in Hannover und gleichzeitig auch in der Orten des Landkreises oder in den Vororten, die zum Wahlkreise Hannover-Linden gehören, abgegeben. Weit über fünfzig Personen haben ihre Stimme abgegeben, obgleich sie das wahlpflichtige Alter noch nicht erreicht hatten; einige waren noch nicht 19 Jahre alt. Außer diesen Tatsachen sollen noch andere weitere weit schwerere Fälle vorliegen, be[illegible] es klar zu Tage tritt, daß hier von irgen[illegible] Seite eine direkte Mogelei getrieb[illegible] muß. — Das glauben wir gern; es fragt sich nu[illegible] welcher Seite. Natürlich möchte man den Anschein [illegible]ecken, als ob die Sozialdemokratie die Schuldige wäre. Aber die Sozialdemokratie stellt bekanntlich nicht die Wählerlisten auf; sie trifft also auch nicht die Verantwortlichkeit für die Fehler und Mängel derselben. Daß für Tote gewählt worden sein soll, ist auch nach den Wahlen von 1903 in zahlreichen Fällen behauptet worden. Hinterher hat sich alles als Lüge herausgestellt. Und wenn es wahr wäre, daß bestimmte Personen doppelt gewählt haben, so hätte sicher der Staatsanwalt sie sich schon geholt. Es bleiben vermutlich also nur die Fehler in der Wählerliste. Wenn daraufhin die Wahl für ungültig erklärt werden sollte, so hätten es die Gegner in der Hand, in jedem Wahlkreise, wo ein Sieg der Sozialdemokratie in Aussicht steht, die Ungültigkeit herbeizuführen. Im letzten Reichstag hat die Wahlprüfungskommission ja übrigens „hervorragende" Beispiele ihrer Leistungsfähigkeit geliefert, wenn es sich um oppositionelle Abgeordnete handelte. Man denke nur an die Fälle Buchwald, Braun und Blumenthal. Die „nationale" Mehrheit wird der früheren darin wohl nichts nachgeben. Die Gerechtigkeit ist aus der Politik der „Staatserhaltenden" längst ausgeschaltet. Nur das politische Geschäft ist entscheidend.

Eine Ohrfeige für den Linksliberalismus. Weil der Reichskanzler im Reichstage von einer Paarung des konservativen und liberalen Geistes sprach, muckt die „Kreuzztg." auf, so etwas könne es nie und nimmer geben. „Jetzt will er zwar nicht liberal regieren, aber doch den liberalen Wünschen, sofern sie nicht wirtschaftspolitischer Art sind, also mehr auf geistigem Gebiete liegen, „entgegenkommen". Wir sind gespannt darauf, wie er das mit der heutigen Mehrheit, die viel konservativer ist, als die des vorigen Reichstages, durchsetzen will." — Konservativer als der vorige Reichstag, das stimmt genau. Und da schämt sich der Liberalismus nicht, auch jetzt noch fortgesetzt den Wahlausfall zu bejubeln. Die verkommensten Dirnen sind ja auch stolz auf ihre eigene Schande.

Die Pest in Deutsch-Ostafrika. Es bestätigt sich, daß in Deutsch-Ostafrika die Pest ausgebrochen ist. Das amtliche „Deutsche Kolonialblatt" schreibt: „Daß in Muansa zwei Todesfälle an Pest vorgekommen sind, wird nunmehr amtlich bestätigt. Auch ist nach einem am letzten Dienstag hier eingetroffenen Bericht des Gouverneurs schon am 4. Febr. d. J. an Bord eines englischen Dampfers ein Pesttodesfall in Muansa vorgekommen. Die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln sind von den lokalen Behörden getroffen worden. Es dürfte sich bei diesen Pesterkrankungen nicht um eine Neueinschleppung, sondern um ein Wiederaufflackern des alten zentralafrikanischen Pestherdes handeln. Zu irgend einer Beunruhigung ist kein Anlaß vorhanden. Wie es gelungen ist, die früheren von diesem Seuchenherde ausgegangenen kleinen Epidemien zu beschränken, so dürfte auch dieser Ausbruch eine weitere Ausbreitung nicht gewinnen."

Die Frist für die Einreichu[illegible] der Wahlproteste gegen die Gültigkeit der [illegible]hstagswahlen läuft in wenigen Tagen ab. Bis ge[illegible] 41 Proteste eingegangen und zwar gegen [illegible] folgender Abgeordneten:

der Mitglieder der Zentrum[illegible]: Becker (Olpe-Meschede-Arnsberg), Glowatzki (Groß-Strehlitz), Klose (Leobschütz), Maier (Pfarrkirchen);

der Konservativen: Büsing (Landsberg a. W.), Graf Schwerin-Löwitz (Anklam-Demmin), Fürst Kunphausen (Norden-Emden-Leer);

der Freikonservativen: Pauli (Oberbarnim), Schlüter (Grossen), Lüscher (Ost-Prignitz);

der Antisemiten: Dr. Böhme (Marburg), Gräf (Weimar), Herzog (Rinteln), Schack (Eisenach);

der Mitglieder der wirtschaftlichen Vereinigung: Riesberg (Wanzleben), Kölle (Goslar);

der Sozialdemokraten: Brey (Hannover), Schwartz (Lübeck), Jubeil (Teltow);

der Polen: Breiski (Pr. Stargard), v. Czarlinski (Wreschen), Fürst Radziwill (Schildberg), Graf Mielczynski (Birnbaum), v. Saß-Jaworski (Schwetz);

der Nationalliberalen: Prinz Schönaich-Carolath (Guben), Dr. Contze (Herford-Halle), Everling (Döbeln), Findel (Einbeck), Görck (Dithmarschen), Ortel (Thorn), Schwabach (Memel), Wachhorst de Wente (Melle-Diepholz), Wilde (Torgau);

der Hospitanten der freisinnigen Vereinigung: Dr. Heckscher (Lauenburg), Dr. Neumann-Hofer (Lippe-Detmold), Dr. Potthoff (Waldeck);

des Mitgliedes der freisinnigen Volkspartei: Dr. Müller (Meiningen);

des Wildliberalen: Enders (Sonneberg);

der klerikalen Elsässer: Dr. Will (Straßburg-Land), Wittberger (Hagenau);

des Lothringers: de Wendel (Diedenhofen).

Ueber das Alter der Reichstags-Abgeordneten entnehmen wir den uns von Hermann Hillger in Berlin W. 9 freundlichst zur Verfügung gestellten Aushängebogen von „Kürschners Deutscher Reichstag 1907" (Preis 60 Pfg.), das am 7. März allgemein zur Ausgabe gelangt, folgendes:

Im Reichstag ist insofern eine Verjüngerung eingetreten, als die Zahl der 40—50 jährigen zu ungunsten der 50—70 jährigen nicht unwesentlich gestiegen ist. Es waren alt:

	1898	1903	1907
A über 80 Jahre	2	1	2
B 70—80 „	13	12	12
C 60—70 „	71	75	66
D 50—60 „	137	142	134
E 40—50 „	126	119	137
F 30—40 „	43	46	42
G unter 30 „	2	2	3

Nunmehr gehören dem Reichstage bereits 25 nach 1870 geborene Abgeordnete an. Nach Parteien verteilen sich die Abgeordneten auf die Altersklassen folgendermaßen: A 1 Konservativer, 1 Zentrum. B 3 Konservative, 1 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Nationalliberaler, 2 Freisinnige, 1 Freisinnige Volkspartei, 2 Zentrum, 2 Polen. C) 14 Konservative, 5 Reichspartei, 2 Wild-Konservative, 10 Nationalliberale, 3 Freisinnige, 2 Freisinnige Vereinigung, 1 Volkspartei, 21 Zentrum, 7 Sozialdemokraten. D) 22 Konservative, 9 Reichspartei, 4 Wild-Konservative, 4 Wirtschaftliche Vereinigung, 2 Reformpartei 22 Nationalliberale, 7 Freisinnige, 1 Freisinnige Vereinigung, 2 Volkspartei, 2 Wild-Liberale, 37 Zentrum, 1 Elsässer Zentrum, 1 Welfe, 4 Polen, 1 Unabhängiger Lothringer, 15 Sozialdemokraten. E) 15 Konservative, 7 Reichspartei, 3 Wild-Konservative, 8 Wirtschaftliche Vereinigung, 3 Reformpartei, 17 Nationalliberale, 13 Freisinnige, 5 Freisinnige Volkspartei, 4 Volkspartei, 2 Wild-Liberale, 1 Däne, 31 Zentrum, 3 Elsässer Zentrum, 9 Polen, 1 Unabhängiger Lothringer, 15 Sozialdemokraten. F) 3 Konservative, 4 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Reformpartei, 3 Nationalliberale, 2 Freisinnige, 5 Freisinnige Vereinigung, 11 Zentrum, 2 Elsässer Zentrum, 4 Polen, 1 Unabhängiger Lothringer, 6 Sozialdemokraten. G) 1 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Nationalliberaler, 1 Pole.

Die 10 ältesten und 10 jüngsten Abgeordneten sind: v. Winterfeldt-Menkin (geb. 1823), Graf Hompesch, Fürst Innhausen, Traeger, v. Strombeck, Dr. Lender, Boltz, Gluer, v. Staudy, Schrader. — Dr. Struve, Dr. Mayer-Kaufbeuren, Becker-Arnsberg, Dr. Potthoff, Severing, Erzberger, Dr. Pfeiffer, Dr. v. Mieczkowski, Dr. Böhme, Dr. Stresemann (geb. 1878).

Rußland.

Der Zar grollt! Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist mit der Eröffnung der Reichsduma am 5. März d. J. der Vizepräsident des Reichsrates Golubew betraut worden. Der Eröffnung geht um 1 Uhr nachmittags ein Gottesdienst vorauf. Der Reichsrat beginnt seine Sitzungen am 5. März 5 Uhr nachmittags. Der Hof und der Ministerpräsident halten es für angebracht, der oppositionellen Volksvertretung ihre Mißachtung zu erkennen zu geben. Wir glauben nicht, daß die Duma darob tiefen Schmerz empfinden wird.

52 Sozialdemokraten. Bis gestern abend sind im ganzen 485 Abgeordnete zur Duma gezählt, darunter 225 Angehörige der Linken (30 Progressisten, 31 Angehörige der Arbeitspartei, **52 Sozialdemokraten**, 18 Sozialrevolutionäre und 94 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken), 48 Nationalisten, sonst wie gestern gemeldet. In dem Gouvernement Wjatka sind unter 13 Duma-Abgeordneten ausschließlich Angehörende der extremen Linken, darunter 6 Sozialrevolutionäre gewählt worden.

Vorbereitungen. Die Kadetten beabsichtigen, zur Eröffnung der Reichsduma folgende Forderungen zu stellen: 1. In Beantwortung der Thronrede verlangt die Reichsduma die Absetzung des bureaukratischen Ministeriums, die sofortige Anerkennung der Bürgerrechte und der Grundsätze für eine konstitutionell-demokratische Monarchie. 2. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so soll sich die Reichsduma mit einem Manifest an das ganze Land wenden, um das Wesen, die Ursache und den Gang des entstandenen Konfliktes klarzulegen. 3. Gleichzeitig soll die Reichsduma Grundsätze für ökonomische Reformen ausarbeiten und verkünden. — Die sozialdemokratische Dumafraktion plant selbständig vorzugehen und mit eigenen Gesetzesprojekten aufzutreten, für deren Durchführung alle zu Gebote stehenden Mittel sowohl in der Reichsduma selbst als auch außerhalb derselben angewandt werden sollen. Die „Kadetten" sollen nur im äußersten Falle unterstützt werden. Zur Präzisierung der Taktik der russischen sozialdemokratischen Partei ist eine besondere Kommission gebildet.

Henkerarbeit. In Tukkum wurden 17 Revolutionäre erschossen. So wird die „Ruhe" wieder hergestellt.

Held Stössel. Der Londoner „Standard" veröffentlicht am Mittwoch einen 7 Spalten langen Auszug aus einem geheimen Bericht, den General Smirnoff, der Kommandant von Port Arthur während der Belagerung durch die Japaner vom Februar bis Dezember 1904, an den Kaiser gerichtet hat. Dieses Dokument, das die Unterlage für die Angriffe bildete, auf Grund deren die gegen die Generale Stössel und Fock sowie Oberst Reiß eine Untersuchung eingeleitet wurde, gibt einen höchst anschaulichen Bericht über den Verlauf der Belagerung. Smirnoff erhebt darin schwer belastende Anklagen gegen Stössel, den er der Feigheit, der Unfähigkeit, der Günstlingswirtschaft und der Unentschlossenheit beschuldigt, Eigenschaften, die dazu führten, daß die Festung übergeben worden sei, bevor ihre Hilfsquellen für die Verteidigung erschöpft waren. — Und dieser Stössel ist Ritter des preußischen Ordens. pour le mérite!

England.

Entstaatlichung der englischen Kirche. Das Unterhaus nahm mit 198 gegen 90 Stimmen eine Resolution an, die eine Entstaatlichung der englischen Kirche und die Einbeziehung der geistlichen Pfründen befürwortet. Der Chefsekretär für Irland, A. Birrel, sprach sich zwar wiederholt zugunsten der Resolution aus, erklärte aber, die Regierung werde keinerlei Verantwortung für dieselbe übernehmen, da sie ohnehin schon alle Hände voll zu tun habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 1. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Maurer! über die Beton-Firma „Komet"-Stettin, welche Arbeiten am Bau der Ölmühle in Siems ausführt, ist die Sperre verhängt worden. Die Kollegen wollen das beachten.

Achtung, Steinarbeiter! über die Kunstsandsteinfabrik von Braek u. Störmer ist von den Steinarbeitern die Sperre verhängt worden.

Der Vorstand.

Mit dem Theaterneubau hatte sich am Mittwochabend der Bürgerausschuß wieder einmal zu beschäftigen. Folgendes amtliche Protokoll über diese Sitzung liegt vor: Der Bürgerausschuß hatte sich zu einer außerordentlichen Sitzung versammelt, um die in der Abendsitzung vom 20. Februar 1907 begonnene Beratung der Senatsvorlage, betr. den Neubau eines Theaters fortzusetzen. Als Senatskommissare erschienen Senator Dr. Eschenburg, Senator J. H. Eschenburg, Senator Kulenkamp, Senator Heinrich Evers, Baudirektor Baltzer und Baurat Dedillus. Als Sachverständige waren ferner anwesend Stadtbaurat Kullrich aus Dortmund und Oberregisseur Grube aus Berlin. Dr. Meyer beantragte zwecks Schaffung einer Einrichtung zum Verstellen des Orchesters im Kostenbetrage von 2000 Mk. und zwecks Herstellung des Reliefs an der Fassade in Tuffstein mit einem Mehrkostenaufwand von 8200 Mark die Bausumme um 10 200 Mk. auf 1 732 000 Mk. zu erhöhen. Dr. Meyer beantragte ferner, die Genehmigung des Projektes nur unter der Bedingung zu befürworten, daß unter entsprechender Erhöhung der Bausumme die Zahl der Dekorationszüge von 38 auf mindestens 60 vermehrt werde. Nach erfolgter Beratung fand auf entsprechenden Antrag die Abstimmung statt, nachdem sich die Kommissare des Senates nebst den Sachverständigen entfernt hatten. Der Bürgerausschuß beschloß der Bürgerschaft die Annahme der Senatsvorlage mit der von Dr. Meyer beantragten Abänderung und unter der von ihm beantragten Bedingung gutachtlich zu empfehlen. — Damit hat der Bürgerausschuß sein Einverständnis dazu gegeben, daß mit dem Theater ein Saalbau verbunden wird, welcher einen Kostenaufwand von weit mehr als eine halbe Million Mark erfordert und das Theater selbst zu einer Nebensächlichkeit herabdrückt. Es ist leider kaum zu hoffen, daß die Bürgerschaft in ihrer Majorität einen anderen Standpunkt einnehmen wird. Durchaus angemessen erscheint die Erhöhung der Zahl der Dekorationszüge, wie sie Dr. Meyer beantragt hat; gehört doch zu einer guten Vorstellung nicht zuletzt eine annehmbare Ausstattung in dekorativer Beziehung. Aber Geld wird die Sache kosten, viel Geld!

Der ermäßigte Gepäcktarif. Für den neuen deutschen Gepäcktarif sind nach einer Erklärung des preußischen Eisenbahnministers im Abgeordnetenhause neue ermäßigte Sätze zu 20 Pfg., 50 und 100 Pfg. für Stücke bis zu 25 Kilogramm, sowie eine billige Zwischenstufe für 26—35 Kilogramm zwischen den beteiligten Verwaltungen vereinbart worden. Von größtem Interesse sind die noch nicht mitgeteilten weiteren Einzelheiten. Der Satz von 20 Pfg. für 25 Kilogramm gilt bis zu einer Entfernung von 50 Kilometer, der von 50 Pfg. bis zu 300 Kilometer, der zu 1 Mk. für ganz Deutschland. Die Sätze für Gepäckstücke von 26—35 Kilogramm betragen die Hälfte der Sätze bis zu 50 Kilogramm. 26—35 Kilogramm kosten also bis 25 Kilometer 20 Pfg., bis 50 Kilometer 25 Pfg., bis 100 Kilometer 50 Pfennig, bis 150 Kilometer 75 Pfg., bis 200 Kilometer 1 Mk., bis 250 Kilometer 1,25 Mk., bis 300 Kilometer 1,50 Mk., bis 350 Kilometer 1,75 Mk., bis 400 Kilometer 2 Mk. usw. Abgesehen von der Nahzone bis 35 Kilometer kosten also 26—35 Kilogramm gerade die Hälfte der Kilometerzahl in Pfennig. Über 800 Kilometer weit kostet die Stufe ein- für allemal 5 Mk.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H. hielt am 28. Februar ds. Js. ihre Generalversammlung ab, in der der Jahresbericht vom Geschäftsführer, Genossen P. Pape, erstattet wurde. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Gesamtumsatz sich auf 691 597,80 Mk. beziffert; derselbe hat sich gegen das Vorjahr um 84 000 Mk. erhöht. Der Warenverbrauch betrug 430 131,40 Mk., die Prozente an die Niederlagen, die Betriebs- sowie die Unterhaltungskosten der Gebäude usw. betrugen 234 009,95 Mk., der Reingewinn betrug 27 456,45 Mk. Abschreibungen auf Inventar, Gebäude und Maschinen wurden für 11 050,22 Mk. vorgenommen; zur Verteilung standen 16 406,23 Mk. zur Verfügung. Verbacken wurden im Jahre 16 876 Sack Mehl, gegen 1905 1381 Sack mehr. In der eigenen Mühle wurden 19 088 Sack Getreide vermahlen. Gebacken wurden 1 643 297 Stück Brote. Am Jahresschlusse bestanden 292 Niederlagen. Die Mitgliederzahl betrug 1201. Die Spareinlagen-Einrichtung, die

seit ca. zwei Jahren errichtet ist, findet bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern immer mehr Anklang; der Verkehr hierin war sehr lebhaft. Die von den Einlegern eingezahlte Summe betrug 156 445,14 Mk. Auch auf dem Gebiet „Errichtung und Vermietung von Wohnungen" hat die Bäckerei den Anfang gemacht; die zwei zugekauften Grundstücke Johannisstraße 46 und 48 sind durchgebaut resp. abgebrochen und neu aufgebaut und der Neuzeit entsprechend eingerichtet und vermietet worden. Der zur Verfügung stehende Reingewinn von 16 466,23 Mk. wurde wie folgt verteilt: Die Mitglieder erhalten 20 Prozent Dividende für ihr Guthaben, Extraabschreibungen auf Maschinen sollen vorgenommen werden, dem Unterstützungsfonds wurden wieder 2000 Mk. überwiesen, und 3000 Mk. wurden zur Errichtung einer Bibliothek zur Verfügung gestellt. An die Arbeitslosen werden anstatt wie in früheren Jahren 2000, in diesem Jahre 3000 Brote à 50 Pf. verteilt. Dem Vorstande wurde Entlastung erteilt und der bisherige Geschäftsführer, Genosse P. Pape, per Akklamation einstimmig wiedergewählt, ebenfalls das Aufsichtsratsmitglied G. Luckmann.

Bald so, bald so, wie's trifft! Man schreibt uns: Die Fabrik für Heizungsanlagen von Schwartzkopf zeigt sich jetzt bemüht, ihre älteren Monteure, besonders die organisierten, ohne stichhaltige Gründe aus dem Geschäft zu entlassen, um dafür jüngere Leute, die billiger sind, einzustellen. Auch läßt das Verhalten des Herrn Schwartzkopf seinen Angestellten gegenüber manches zu wünschen übrig. So hat er angeordnet, daß Schlossergesellen, welche sich weigern, auf der Straße den Lastwagen zu ziehen, rausfliegen. Als die Firma die Heizungsanlage für den Neubau des Hauses Johannisstraße 46 lieferte, wünschte sie von den Monteuren, daß sie organisiert seien und den „Volksboten" hielten. Jetzt, wo diese Lieferung ausgeführt und das Geld dafür bezahlt ist, erklärte Herr Schwartzkopf einem Schlosser, der um eine Lohnerhöhung vorstellig wurde, er solle nur den „Volksboten" abbestellen, dann hätte er schon eine Zulage. Man sieht hieraus, daß bei manchen Menschen je nach den veränderten Umständen auch die Ansichten wechseln. Die Schlosser und Monteure, welche durch schöne Schreiben von auswärts für die Firma Schwartzkopf herangezogen werden sollen, werden ersucht, sich im Bureau des Metallarbeiterverbandes Auskunft zu holen.

Die Zentralkasse „Grundstein zur Einigkeit", Filiale Lübeck, hatte am Schlusse des Jahres 1906 einen Mitgliederbestand von 344; davon waren 54 Auswärtige. Erwerbsunfähig krank waren im verflossenen Jahre 134 Mitglieder; durch Betriebsunfall war die Krankheit in 34 Fällen entstanden. Die Zahl der Krankheitstage betrug insgesamt 1500, von denen auf die Betriebsunfälle 373 entfielen. An Einnahmen waren im Jahre 1906 9334,49 Mk. zu verzeichnen, denen eine Ausgabe von 8867,42 Mk. gegenüberstand. Der Kassenbestand betrug demnach am Schlusse des Jahres 1906 467,07 Mk. Unter den Ausgabeposten seien besonders erwähnt: ärztliche Behandlung 1416,80 Mk., Arznei und sonstige Heilmittel 821,73 Mk., Krankengeld an Mitglieder der 1. Klasse 240 Mk., an Mitglieder der 2. Klasse 2550 Mk., an Mitglieder der 3. Klasse 109,80 Mk., an Mitglieder der 4. Klasse 48 Mk. An Sterbegeld wurde 150 Mk. gezahlt. Die Verpflegungskosten in Krankenanstalten betrugen 235,50 Mk. An die Hauptkasse wurden 2500 Mk. eingesandt. Die sachlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben beliefen sich auf 606,39 Mk.

Zur Ermordung des Bäckerknechtes Adam wird gemeldet: Der in Gadebusch verhaftete Arbeiter Martin scheint gar nicht der Mörder zu sein, denn es verlautet, daß dieser wieder aus der Haft entlassen worden ist. Auch wird gemeldet, daß dem in Farmitorf wohnenden Arbeiter Martin im Jahre 1901, als er in Vietlübbe wohnte, von einem Arbeiter Reimann, der 1882 zu Malchin geboren ist, die Papiere gestohlen wurden, auf die Reimann vielleicht reisen dürfte. Danach komme jener Reimann als Mörder in Betracht. Der angebliche Arbeiter Martin hat sich bei seinem hiesigen Aufenthalte überdies auch falsche Namen beigelegt. So ist festgestellt, daß er eine Gefängnisstrafe hierselbst unter einem anderen Namen abgebüßt hat.

ph. **Fahrraddiebstahl.** Am 27. v. Mts. wurde aus der Durchfahrt des Hauses große Burgstraße 13 gegen 8¾ Uhr abends ein Fahrrad mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 9291 gestohlen. Das Rad hat niedrigen schwarzen Rahmenbau, schwarze Felgen, etwas nach oben gebogene Lenkstange, braunen Sattel mit gelb und braun durchwirkter Plüschdecke, gewöhnliche Handbremse und eine mit 2 Schlangenköpfen verzierte Glocke.

ph. **Festgenommen** wurde ein fremder Schuhmachergeselle, der dringend verdächtig ist an einigen in der letzten Zeit hier vorgekommenen Einbruchsdiebstählen beteiligt gewesen zu sein.

ph. **Eigentümer gesucht.** Bei einem wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Klempnergesellen wurde ein Brustbeutel aus weißem Leder mit hellgelbem Futter, gelbem Druckknopf und weißem Schürzenband gefunden, über dessen rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermag. Wahrscheinlich rührt er aus einem Diebstahl her. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Abteilung zu melden.

ph. **Diebstahl.** Vom Flur des Hauses Alfstraße 35 wurde am 26. v. Mts. abends zwischen 9½ und 10 Uhr eine aus Lederstücken hergestellte Fußmatte gestohlen.

ph. **Entwendetes Baumaterial.** Vom Hofe des Neubaues Schwartauer Allee 22 wurden am 27. v. Mts. in der Zeit von 12—2 Uhr nachmittags vier etwa 2,75 m lange eiserne Träger und 3 bis 4 etwa 3,50 m lange Dachsparren gestohlen.

Höchste und niedrigste Temperaturen. Die größte Hitze und die stärkste Kälte werden heute Abend im Vereinshause den erstaunten Zuhörern vordemonstriert werden. Der obige Vortrag ist einer der begehrtesten der Wempe'schen Experimental-Vorträge. Kein Genosse sollte sich bei dem so niedrig angesetzten Eintrittspreis denselben entgehen lassen. In keinem Vortrage gibt es so viel zu sehen an großen und prächtigen Experimenten.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Ein bisher noch nicht gegebener Klassiker, einer der größten, gelangt morgen Sonnabend zu ermäßigtem Preis (50 Pfg.) zur Aufführung: Goethes „Götz von Berlichingen". Es ist dies geradezu ein Ereignis und wird sicher eine der bestbesuchtesten Klassiker-Vorstellungen werden. Die Vorstellung ist sehr sorgsam vorbereitet und beginnt um 7 Uhr. — Für Sonntag nachmittag ist das beliebte, stets gern gesehene Lustspiel „Alt-Heidelberg" ein letztes Mal auf den Spielplan gesetzt; abends 7 Uhr wird nach langer Zeit wieder eine jener gern besuchten Doppelvorstellungen zu einfachen Preisen gegeben. Zuerst die Oper „Nachtlager in Granada", welche bis gegen 9 Uhr dauern wird, dann folgt „Husarenfieber".

Stockelsdorf. Ein Sozialdemokrat als Beigeordneter von der oldenburgischen Regierung bestätigt. Amtlich wird bekannt gemacht: Der Erbpächter Ph. von Ladiges in Stockelsdorf und der Brauergehilfe Otto Nickel in Fackenburg sind als Beigeordnete des Vorstehers der Gemeinde Stockelsdorf bestätigt und verpflichtet worden. — Genosse Nickel ist Mitglied des Zentralvorstandes der sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck.

Seeretz. Einen erfreulichen Fortschritt hat hier die Parteibewegung gemacht. In kurzer Zeit ist die Zahl der Parteimitglieder von 30 auf 60 gestiegen. Bravo! — Der Gemeinderat für Westratekau hielt am Montag eine Sitzung ab. Es wurden 1000 Mk. für Spritzen sowie einen Trockenturm der Schläuche bewilligt. Ob diese Ausgaben gerade jetzt notwendig waren, wo die Gemeinde die Lasten für drei neue Schulhäuser aufzubringen hat, erscheint uns mindestens sehr zweifelhaft. Einen weiteren recht bedauerlichen Beschluß faßte man, indem man die Armenunterstützung, die einer Familie, deren Ernährer krank ist, bisher gezahlt wurde, von 6 auf 3 Mk. wöchentlich herabsetzte. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Frau dem Erwerb nachgehen solle. Man denke sich eine Familie, in der der Mann krank ist und zwei schulpflichtige Kinder vorhanden sind. Wer soll die Pflege des Kranken besorgen, wer die Kinder erziehen und was würde es nützen, wenn schließlich die Frau beim Melken 1,80 Mk. pro Woche verdient? Reichen schon 6 Mk. nicht zum Leben für eine Familie von vier Köpfen aus, so überliefert man dieselbe mit 3 Mk. direkt dem Hunger.

Neumünster. Raubmord. Mittwochabend ist auf der Chaussee zwischen Neumünster und Boostedt der Milchhändler Karl Starken ermordet worden. Als um 9 Uhr das Gefährt Starkens führerlos nach Boostedt zurückkehrte, begaben sich die Frau und die Mutter Starkens auf die Suche. Sie fanden Starken auf der Chaussee zwischen Kilometer 4 und 5 ermordet und beraubt. Ihm war mit einem stumpfen Instrument der Schädel zertrümmt worden. Die Neumünstersche Polizei verhaftete noch während der Nacht auf dem Bahnhofe den Arbeiter Hans Heinrich Sievers, geb. am 18. August 1885 in Elderstede bei Bordesholm, der 124 Mk. in Gold, Silber und Nickel sowie das Portemonnaie Starkens bei sich führte. Das Kupfergeld war auf der Chaussee verstreut. Sievers leugnete zunächst hartnäckig, der Täter zu sein, legte aber später ein Geständnis ab. Starken war 50 Jahre alt und genoß allseitige Hochachtung und Wertschätzung. Von seinen drei Söhnen stehen zwei beim Militär und einer ist in Kiel in Stellung.

Hamburg. Bei den Notabelnwahlen zur Bürgerschaft erhielten die alten Fraktionen 18, die Vereinigten Liberalen 2 Sitze. Die Bürgerschaft besteht nunmehr aus 43 Mitgliedern der Rechten, 35 Mitgliedern des liberalen Zentrums, 37 Mitgliedern der Linken, 23 Vereinigten Liberalen, 19 Sozialdemokraten und 3 Fraktionslosen.

Plön. Wahlprotest. Die Wahl des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. med. Struve im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Plön-Segeberg) ist von freikonservativer und nationalliberaler Seite angefochten worden mit der Begründung, daß amtliche Organe zur Agitation herangezogen worden sind.

Kiel. Die Verlegung des Oberpräsidiums von Schleswig-Holstein von Schleswig nach Kiel ist in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses einstimmig abgelehnt worden. Der Vorsitzende erklärte, daß nach seiner Meinung die Debatte bereits bei der ersten Verhandlung geschlossen sei und daß es nur noch darauf ankomme, den Antrag des Referenten entgegenzunehmen und darüber abzustimmen. Abg. Wallenhorn (Z.) erklärte, daß er die Ablehnung des Titels beantrage, weil ein Kostenanschlag über die Gesamtkosten der Verlegung des Oberpräsidiums von Schleswig nach Kiel nicht vorliege und die jetzt geforderte Summe gewissermaßen die erste Rate sei, ohne daß man die Gesammtsumme kenne. Nach kurzen Bemerkungen einzelner Abgeordneter erklärte der anwesende Kommissar des Ministers des Innern, welch' letzterer durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, daß die Staatsregierung eine Vorlage, welche den Anschlag der Gesamtkosten der Verlegung klarlegte, dem Landtage machen werde. Über den Zeitpunkt dieser Vorlage erklärte der Kommissar sich nicht. Es sei aber anzunehmen, daß diese Vorlage nicht früher als im nächsten Etat erfolge. Ohne weitere Debatte wurde nun zur Abstimmung geschritten und die Position einstimmig abgelehnt.

Flensburg. Einen doppelten Selbstmordversuch unternahm der Privatier Hugo Francke, Lindenallee. Er stellte sich ans offene Fenster der Villa, schoß sich eine Kugel in den Kopf und stürzte sich dann auf den Hof hinab. Schwerverletzt wurde er in die Diakonissenanstalt übergeführt. Als Motiv der Tat wird Schwermut angenommen.

Schwerin. Ein blutiger Überfall. Mittwoch mittag betraten zwei gutgekleidete Männer das nahe der Stadt gelegene Waldrestaurant „Werderholz" und schossen plötzlich auf den 70jährigen Pächter Wacker. Auf die Hilferufe des Überfallenen entflohen die beiden Männer; einer wurde von der vom Schießstande zurückkehrenden Militärwache, der zweite später unter einem Holzstapel in der Stadt ergriffen. Wie festgestellt wurde, ist es ein früherer Kellner Wackers, der sich unter falschem Namen mit einer Frauensperson in einem hiesigen Hotel einlogiert hatte. Die Tat war lange vorbereitet. Wacker wurde in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhause übergeführt.

Aus Nah und Fern.

Ganz nach amerikanischem Muster wurde in unmittelbarer Nähe der ungarischen Hauptstadt ein Güterzug der Szent-Endreer Vizinalbahn von einer aus etwa 30 Personen bestehenden Bande durch falsche Signale angehalten. Das Zugpersonal wurde mit Revolverschüssen in die Flucht gejagt. Die Bande raubte dann eine Kohlenladung von 60 Meterzentnern. Diese wurde mit Wagen fortgeführt. Die Polizei hat bisher sechs Verhaftungen vorgenommen.

Der Schulbrand in Montreal. Aus Ottawa wird telegraphiert: Die Opfer in der Schule von Montreal waren in dem brennenden Gebäude eingeschlossen, ohne die geringste Aussicht, zu entkommen. Das Feuer brach während des Unterrichts aus. Die Schulvorsteherin Miß Maxwell opferte bei dem Versuch, die kleinsten Kinder zu retten, ihr Leben. Ihre Leiche fand man umringt von Kinderleichen. 250 Kinder waren beim Ausbruch in dem Gebäude, man weiß nicht, wie viele gerettet worden sind. Bis Dienstag abend wurden 40 Leichen geborgen. Es herrscht schärfstes Winterwetter; die Feuerwehr konnte kein Wasser erhalten und arbeitete daher unter großen Schwierigkeiten.

Eine Seemannsstatistik. In England wird soeben eine Statistik über die Zahl der Seeleute veröffentlicht, die im Laufe der letzten zwanzig Jahre in der englischen Handelsmarine, auf Seglern wie auf Dampfern beschäftigt waren, und über die Verluste an Menschenleben, die diese Schiffsmannschaften während der Zeit bei Schiffsunfällen erlitten haben. Die Statistik erlaubt bei der außerordentlichen Größe der englischen Handelsmarine einige interessante Rückschlüsse, die allgemeine Geltung haben dürften. Seit zwanzig Jahren ist die Zahl der Leute, die auf englischen Schiffen beschäftigt waren, merklich dieselbe geblieben, etwa 180 000 bis 190 000; nur ist die Zahl der Leute auf Seglern ständig zurückgegangen, während die Mannschaften der Dampfer ebenso ständig zugenommen haben. 1885 gab es auf Seglern 81 000 Matrosen und 108 000 auf Dampfern: 1905 wurden nur noch 81 000 Mann auf Seglern beschäftigt und 155 000 Mann auf Dampfern. Es ist natürlich, daß die Mannschaften auf Segelschiffen mehr gefährdet werden, als auf Dampfern. In den zwanzig Jahren betrug der Durchschnitt der Verluste an Menschenleben auf Segelschiffen jährlich 14,7 Proz., mit Schwankungen, die sich zwischen 10 und 19 Prozent bewegen. Für die Dampfer erreicht der Durchschnit nicht 6 Proz., die Höchstzahl war 8,8 Proz., die geringste 8,7 Prozent.

Letzte Nachrichten.

Dessau. Das hiesige Schwurgericht verurteilte nach dem „Hbg. Korr." den Arbeiter Galbirsch zum Tode, der seinen Arbeitskollegen erstochen hatte. Die Zeugenvernehmung hat ergeben, daß der Angeklagte die Tat nicht aus Rache **für das Eintreten des Ermordeten zu Gunsten des Freisinnigen Schrader begangen hat, sondern in stark betrunkenem Zustande.** — Es handelt sich hier um jenen „Fall", der von dem anhaltischen Staatsminister v. Dallwitz im dortigen Landtage als „Frucht sozialdemokratischer Verhetzung" hingestellt und auch von Bülow im Reichstage als Beweis „sozialdemokratischer Roheit" angeführt worden ist. Das Schmutzblatt in der Königstr., die „Lüb. Anz." ging sogar soweit, Genossen Peus als „geistigen Urheber des Mordes" zu bezeichnen. Jetzt ist das Urteil gefällt. Und die Verhandlung hat klipp und klar ergeben, daß nicht politische Motive, sondern Trunkenheit die Ursache des Mordes bildete. Was sagt das Amtsblatt nun?

Zur Unterhaltung.

Blaue Bohnen in der Chirurgie. Arzt (in der Sprechstunde): Also, worüber klagen Sie?

Patient: Ich habe hier am Unterleib so ein Unbehagen.

Arzt: Tut es weh, wenn ich hier drücke?

Patient: Ja, sehr.

Arzt: So, so. Das gibt eine Vermutung, aber keine Gewißheit. Es kann nur eine vorübergehende Verstimmung sein, möglicherweise liegt aber auch etwas Ernsteres vor. Die Diagnose ist in diesem Fall sehr schwierig.

Patient: Können Sie mich vielleicht mit Röntgenstrahlen durchleuchten?

Arzt: Das wäre hier zwecklos. Aber ich würde empfehlen, daß Sie sich mit einem Infanteriegewehr durchschießen lassen.

Patient: ???

Arzt: Das ist die neueste Methode. Hören Sie zu: da ist neulich ein Soldat vom Infanterieregiment „Hamburg" desertiert. Er wurde verhaftet, unter Bedeckung abgeschickt, riß wiederum aus, und sechs Schüsse knallten hinter ihm her, von denen einer den Ausreißer zu Boden streckte.

Patient: Herr Doktor, ich bin zu Ihnen gekommen, weil mir der Unterleib weh tut, aber nicht, um Militärgeschichten zu hören.

Arzt: Das hängt alles zusammen. Vor dem Kriegsgericht der 17. Division erklärte der Oberarzt, der Verletzte habe durch den Schuß einen dauernden Vorteil an seiner Gesundheit erlangt. Denn bei der ärztlichen Besichtigung des Schußkanals habe man entdeckt, daß eine Entzündung des Blinddarms vorhanden sei und man habe den Blinddarm deshalb entfernt.

Patient: Und Sie meinen, daß bei mir auch so was vorhanden sein könnte?

Arzt: Das meine ich allerdings. Haben Sie schon gedient?

Patient: Nein.

Arzt: Also melden Sie sich bei einem Infanterieregiment, kneifen Sie zweimal aus und lassen Sie sich zu Boden strecken. Da haben Sie für den Erfolg die Gewehrleistung. Ist es der Blinddarm, so wird das Uebel bestimmt beseitigt.

Patient: Wenn mich der Kerl aber durch die Brust schießt?

Arzt: Na, dann sind Sie es doch erst recht los!

Literarisches.

Süddeutscher Postillon Nr. 5 kennzeichnet in seinem Titelbild die neue liberale Aera in auffallender Trefflichkeit und Schärfe. Ja es ist eine Lust zum leben, kann der liberale Streber mitrufen. Das einfache farbige Mittelbild zeigt das Volk in ganzer Glorie: Wenn's nicht besser wird, geh ich nach Preußen und werde Hauptmann. Das Schlußbild schildert Bülow's Diplomatenkunst. — Vom Texte heben wir das Leitgedicht Tempi passati hervor. Die neuesten „Schlager" sind verwertet: Die reitende Germania (Ged.) — Sozialdemokratischer Terrorismus. — Kuriert (Ged.) Retter des Mittelstandes. — Eine heitere Illustration bringt A. Fiebiger: Aschermittwoch. — Wie die adeligen Hof- und Landwanzen entstanden. — Lied vom Schnupftobak. — Sieg der Sittlichkeit. — Moderne Folter. — Niederlage, von L. R. — Der Süddeutsche Postillon klärt mit besonderem Geschick die Windbeuteleien und Irreführung der Volksfeinde auf. Er ist für 10 Pfg. die Nummer leicht erhältlich.

Briefkasten.

C. H. Köhn. Wird dankend akzeptiert.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Schuhwaren für Konfirmanden

Mädchen-Knopf- und Schnürschuhe, Roßleder ..... 3.90 **3.50** Mk.

Mädchen-Spangenschuhe, verschiedene Ledersorten ..... 5.00 3.90 3.50 **2.60** Mk.

Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel, Roßleder genagelt u. genäht. .... 6.75 5.50 **4.25** Mk.

Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel, Boxcalf, spitz u. breit, engl. u. hohe Absätze, ... 10.50 8.00 **6.50** Mk.

Knaben-Schnürstiefel ..... 8.75 7.00 6.75 5.75 5.25 **4.25** Mk.

Knaben-Zugstiefel ..... 6.75 5.00 **4.50** Mk.

Knaben-Zug- und Schnürschuhe ..... 6.50 5.00 **3.90** Mk.

Knaben-Schaftstiefel ..... 7.50 **6.50** Mk.

Große Vorräte in
Damen-Chevreaux-Knopf- und Schnürstiefel
mit Lackkappe — nur **7.50** Mk.

Rote Rabattmarken.

Rote Rabattmarken.

Kohlmarkt, Ecke Sandstr. **W. Blumenthal** Schwartauer Allee, Ecke Geverdes-Str.

Inventur-Ausverkauf

Nur noch kurze Zeit! — So lange Vorrat reicht! — Auffallend billige Preise!

Eßteller . . jetzt 8, 9, 10, 12 Pf.
Eßkannen . jetzt 8, 9, 13, 20 Pf.
Tassen m. Untertassen, Porzellan 8 Pf.
Kaffekannen . 25, 38, 65, 85 Pf.

Glasteller, per Stück . . nur 6 Pf.
Butterdosen m. Deckel, nur 20 Pf.
Zuckerdosen . . . . jetzt nur 9 Pf.
Kompotschale, recht groß nur 10 Pf.

Emaille-Eimer, 28 cm nur 95 Pf.
Emaille-Eßteller, statt 25 nur 15 Pf.
„ -**Kasserolen,** früh. 2,—, 1,80, 1,65, 1,35. jetzt nur 1,10, 1,—, 90, 80 Pf.

Kinderstühle, sehr stark nur 45 Pf.
Fußmatten, ger. lanur 28 u. 35 Pf.
Kokosbesen, statt 50 . nur 39 Pf.
Straßenbesen, statt 50 nur 40 Pf.

Breitestrasse 33. **RIESEN-BAZAR** Breitestrasse 33.

Pietro Cagna.

Trotz unserer enorm billigen Preise — Rote Rabattmarken.

Ein grosser Teil

der bestellten

Frühjahrs- und Sommer-Waren ist bereits **eingetroffen.**

Kleiderstoffe **in Wolle,** bringen wir in nur **hochmodernen** guten tragbaren Qualitäten, von den einfachsten Stoffen bis zu den **elegantesten Roben, zu äusserst billigen Preisen.**

Sehr aparte Farben-Musterung. **Costume-Stoffe.** **Grosse Auswahl in allen Preislagen.**

Eine Hauptrolle in der **Damen-Kleidung** spielt auch in dieser Saison wieder die **Bluse,** dementsprechend bringen wir **Blusenstoffe** in der grössten Auswahl und in **aparten reizenden Musterungen,** Streifen und Karos, **in jeder Preislage.**

Rote Rabatt-Marken.

Feldmeier, Slump & Elberfeld.

Beckergrube 18.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 51. Freitag, den 1. März 1907. 14. Jahrg.

Deutschland und Rußland.

In Nr. 8 der Zeitschrift „März bringt der Stuttgarter Historiker Professor Otto Harnack unter dem Titel „Eine Jubiläumsbetrachtung" eine Abhandlung über die Abhängigkeit Deutschlands von Rußland, deren Schimpf ja besonders durch die Verhandlungen des Königsberger Hochverratsprozesses vom Juli 1904 offenbart worden ist. Über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland schreibt Professor Harnack u. a.:

„Was die auswärtige Politik Preußens davon für Vorteile gezogen, mag die Geschichtsschreibung des preußischen Staates abwägen, für das deutsche Volk ist das Bündnis ein schleichendes Gift gewesen, das seit hundert Jahren am Lebensmark zehrt und gewaltige Anstrengungen der Natur erfordert, um ertragen und überwunden zu werden. Man vergegenwärtige sich den Widersinn, der darin liegt: das deutsche Volk, durch den gewaltigen geistigen Aufschwung seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zur geistig führenden Macht Europas geworden, und als Staat in dauerndem traditionellen Einvernehmen mit der rückständigsten Macht Europas, oft genug in Abhängigkeit von ihrer barbarischen Regierungskunst, die mit Knute und Kosakenpeitsche das eigene Volk im Zustande ewiger Versumpfung zu erhalten strebt! Das ist kein scherzhaftes Bild, wie „Pegasus neben dem Zugochsen", das ist das widerwärtige Bild der Verkuppelung eines lebenskräftigen Organismus mit einem verseuchten, verfaulenden . . ."

„Und eben diese traurige Solidarität, dieses Gefühl übereinstimmender Regierungsgrundsätze ist es, was dem preußischen Staat und mit ihm dem Deutschen Reich wie ein nervenlähmendes eingeimpftes Gift die gesunde Entwickelung, die Entfaltung der Kräfte unmöglich macht. Wie in Rußland, so besteht heute auch die gähnende Kluft zwischen Beamtenschaft und Bürgertum, zwischen Regierenden und Untertanen. Wie in Rußland wird auch in Preußen und im Deutschen Reiche nach dem Grundsatze regiert, daß die Beamten nicht dazu da seien, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, sondern das Volk, um der Obmacht der Beamten zu dienen. Daß der deutsche Beamtenstand in seinem eigenen Wert hoch über dem russischen steht, ändert an dem Grundcharakter dieses krankhaften Mißverhältnisses nichts, das jeden Schutzmann sich wie ein Kommandeur, jeden Schaffner wie einen Vorgesetzten des Publikums empfinden läßt. Und daß auch grobe Willkürakte aus diesem perversen Empfinden hervorgehen können, haben noch jüngst die Vorgänge in Breslau und Hamburg gezeigt." -- Wohl ist Preußen seit mehr als fünfzig Jahren ein konstitutioneller Staat, und das Deutsche Reich ist von Geburt an mit einem demokratischen System der Parlamentswahlen ausgestattet. Aber wie in Rußland alle die Willkür der Beamtenschaft eindämmenden Gesetze, so werden in Preußen-Deutschland die Verfassungsgesetze niemals zur Wirklichkeit, weil das Bestreben der Regierung beständig darauf gerichtet ist, die Verfassung in der Praxis nach Möglichkeit auszuschalten und die Allmacht der Regierung bestehen zu lassen. Es ist kein Zufall, sondern Absicht, daß die Schulkinder in Preußen, die alle denkbaren wirklichen oder unwirklichen Großtaten der Hohenzollern auswendig lernen, von der Verfassung durch Friedrich Wilhelm IV. kaum etwas erfahren. Von dem Jahre 1848 wird im Unterricht nur vorübergehend als eine Zeit gottlosen Aufruhrs und toller Verwirrung gesprochen; daß dieses Jahr die Umwandlung Preußens aus einem absoluten in einen konstitutionellen Staat gebracht hat, wird verschwiegen. In den Regierungskreisen gilt es gerade als eine Aufgabe, des „Schweißes der Edlen wert", den Einfluß des Parlaments (Reichstag oder Landtag) möglichst zurückzudrängen und, was sich irgend ohne oder gegen das Parlament erledigen läßt, rein bureaukratisch durchzuführen. Alles dies ist nicht westeuropäisch; es ist überhaupt nicht europäisch; es ist russisch: es ist eines Volkes vom hohem Kulturnieveau des deutschen Volkes unwürdig, eines Volkes, das sich überhaupt nicht so regieren lassen würde, wenn es nicht schon durch das schleichende Gift, das wir charakterisiert haben, halb gelähmt wäre.

Russisch ist ferner auch die Überspannung des monarchischen Prinzips und des dynastischen Empfindens, die sich in Preußen wie im Deutschen Reiche mehr und mehr bis an die Grenze des Pathologischen steigert. Man pflegt sie gewöhnlich „byzantinisch" zu nennen, und das Wort hat eine historische Berechtigung. — Aber die Tradition des alten Byzanz ist mit seiner Religion, seinem Palastzeremoniell, seinen steifen Prachtgewändern auf Rußland übergegangen, das ja selbst keinen höheren Ehrgeiz hat als den, Byzanz zu seiner Hauptstadt zu machen. Russisch ist im heutigen Europa die halb mystische, halb servile Vorstellung, die den Monarchen zum Erdengott stempelt, in seiner Macht einen Ausfluß der göttlichen sieht, und in jedem Wort einen Ausfluß bevorzugter Weisheit, in jedem blanken Uniformknopf seinen Ausstrahlungsherd beglückenden Lichtes verehrt. Unter den heutigen Kulturstaaten ist außerhalb des Zarentums diese Vorstellung nur im Bereiche des preußischen Königtums zu finden, und sie hat sich von dort auf das deutsche Kaisertum ausgedehnt — zum deutlichen Zeichen, wie nichtig die deutsche Reichsverfassung in dieser Hinsicht geworden ist; denn diese, die den Kaiser nur als „Präsidium" des Bundes der deutschen Fürsten kennt, gibt nicht den mindesten Anhaltspunkt zu einer solchen mystischen Emporhebung der Kaiserwürde.

Russisch ist endlich die enge Verbindung von staatlicher und kirchlicher Autorität, von Subordination und Religion, für die man die Phrase „Thron und Altar" geprägt hat. Ursprünglich ist der Cäsaropopismus, in dem sie gipfelt, auch byzantinisches Gewächs; aber auch dieses Gewächs ist nach Rußland verpflanzt worden, ist dort üppig in der Treibhausluft des engsten religiös-politischen Druckes gediehen, und einen Ableger davon hat Preußen erhalten, — der zwar glücklicherweise nur bescheidener sich entwickelt hat, aber doch von kirchlichen, Militär- und Zivilbehörden mit viel Liebe gepflegt wird. Daß ein guter Soldat ein guter Christ und (nur) ein guter Christ ein guter Soldat sei, haben wir ja aus autoritativem Munde verkündigen hören.

Äußerlich betrachtet, erweist sich die frappante Ähnlichkeit zwischen Rußland und Preußen-Deutschland in der Vorherrschaft und dem absoluten Ansehen der Uniform. Wer in Rußland keine Uniform trägt, ist ebenso bedauernswert wie in Deutschland, wer nicht Reserveoffizier ist. Rußland zeigt sich indes darin humaner, daß es freigebiger Uniformen austeilt, auch an Zivilbeamte, und deren Segnungen also weiteren Kreisen zukommen läßt. Dadurch sinkt natürlich der Wert der einzelnen Uniformen einigermaßen; in Rußland wäre mindestens eine Oberstenuniform nötig, um das zu erreichen, wozu in Köpenick schon eine Hauptmannsuniform genügte."

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 28. Februar 1907.

6. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dernburg, v. Tschirschky.

Ein schleunniger Antrag der Abg. Brandys und Gen. (Pole) auf Einstellung eines gegen den Abg. Stychel schwebenden Strafverfahrens wird ohne Debatte angenommen.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Schrader (FVg.): Der Ausfall der Wahlen ist zur Genüge hier erörtert worden. Die Rede, die Fürst Radziwill gestern gehalten hat, wird den Wunsch erweckt haben, wie immer man sich auch zur Polenfrage stellen möge, den alten Streit endlich beizulegen, der in den gemischtsprachigen Bezirken herrscht. (Zustimmung.) Das Eingreifen der Regierung in den Wahlkampf mag in Frankreich oder England Berechtigung haben, dort ist die Regierung eine Partei. (Zustimmung.) Bei uns aber bedeutet ein solches Eingreifen nach der herrschenden Praxis eine Wahlbeeinflussung, die zur Ungültigkeit der Wahl führt. (Zustimmung links.) Wenn es in Deutschland besser werden soll, dann muß die Regierung ihre Sparpolitik aufgeben. Was nützen die Aufbesserungen der Arbeitslöhne, der Beamtenbezüge, wenn die Regierung durch ihre Maßnahmen eine fortwährende Steigerung der Preise für die Mittel zur Lebenserhaltung verursacht. (Sehr wahr! links.) Dadurch ist auch die ganze Regierungspolitik ad absurdum geführt: Alle Mehreinnahmen an Zöllen werden durch die Erhöhung der Beamtengehälter wieder aufgezehrt. Wir sind stets bereit gewesen, für eine verständige Kolonialpolitik einzutreten, und wir werden auch der Politik Dernburgs willig folgen, aber wir werden nichts von unseren Prinzipien preisgeben, auch nicht der konservativ-liberalen Paarung zuliebe. (Beifall b. d. Freis.) Wir fordern — um nur einige Punkte unseres Programms zu nennen — die Neueinteilung der Wahlkreise, die Fortführung der sozialen Gesetzgebung und die Schaffung eines freiheitlichen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Der letzte Wahlkampf hat sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie gerichtet, die ja auch die Leidtragende geblieben ist. Es gilt nun, weiterhin zu zeigen, daß ein geeinigtes Bürgertum besteht, von dem die Arbeiter für ihre Freiheiten und Rechte nichts zu fürchten haben. Bei dem Ausbau der sozialen Reformen wird das Reichsamt viel zu tun haben und der Reichstag sieht sich in der laufenden Session großen Aufgaben gegenüber. Für alle berechtigten Forderungen des Mittelstandes werden wir entschieden eintreten, so für eine Verbilligung der Lebensmittel, die auch niedrigere Löhne nach sich ziehen würde. (Sehr richtig! links.) Unsere Reichsschuld wächst von Jahr zu Jahr, und die gesamt Finanzlage muß als wenig günstig bezeichnet werden. Wir können die enorm hohen Ausgaben für die Dauer nicht bestreiten, und ich spreche den Wunsch aus, daß es den verbündeten Regierungen gelingen möge, im Laufe der nächsten Jahre eine Verminderung der enorm angewachsenen Reichsschuld herbeizuführen. (Lebh. Beifall links.)

Zimmermann (Antis.): Alles, was der Vorredner an unserer Politik bedauert, kann ich nur mit Freude begrüßen, vor allem die Tatsache, daß an unserer Wirtschaftspolitik nichts geändert werden soll. Das Regierungsprogramm, das der Reichskanzler hier im Hause entwickelt hat, war eine willkommene Ergänzung zur Thronrede, in der wir manches vermißten, vor allem gesetzliche Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes. Zu einer Reform des Börsengesetzes sind auch wir bereit, allerdings nur soweit, daß an den Grundsätzen des jetzigen Gesetzes nichts geändert wird. Redner tritt sodann für eine Fortführung der Sozialpolitik ein und zwar für eine Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf 65 Jahre, Fürsorge für die Heimarbeiter und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Vielleicht hätten wir die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine schon längst, wenn die Sozialdemokratie nicht existierte. Die Sozialdemokratie ist das größte Hindernis für die Sozialpolitik. Hier im Reichstag verurteilt Herr Bebel den Boykott politischer Gegner, draußen im Lande wird dieser Boykott von der Sozialdemokratie direkt gepredigt. In dieser Beziehung hat man gerade im Königreich Sachsen Erfahrungen gemacht. Die erste Aufgabe des Reiches muß jetzt sein die Fürsorge für den Mittelstand. Mit der rein negativen Parole: Gegen die Sozialdemokratie! läßt sich auf die Dauer nicht auskommen. Es bedarf einer nationalen Regierungspolitik. Man hüte sich, das Volk, das sich bei den Wahlen so bewährt hat, wieder zu enttäuschen, wie es im vorigen Reichstage mit den neuen Steuern geschehen ist. Wir verlangen eine Wehrsteuer und direkte Reichssteuern. Daß die Regierung auch im Wahlkampfe Stellung nimmt und für Aufklärung sorgt, ist nur in der Ordnung, aber die Bewilligung eines Wahlfonds aus Reichsmitteln wäre der Beginn der Korruption. (Beifall rechts und Heiterkeit b. d. Ant.)

Präsident Graf Stolberg rügt das Händeklatschen.

Payer (Südd. Vp.) bemerkt, die Politik des Reichskanzlers zeige jetzt ein Gesicht, was man früher von ihr nicht sagen konnte. (Heiterkeit.) Es ist ja jetzt die konservativ-liberale Paarung da, nur hat sie die Eigenheit, daß sie zustande kam, ohne daß die Beteiligten darum befragt wurden oder eine Ahnung davon hatten. (Heiterkeit.) Früher stützte sich der Kanzler bald auf diese, bald auf jene Mehrheit, was ihm sehr unbequem war. Diesmal hat er aber der bürgerlichen Linken doch etwas mehr als Blumen gespendet, wenigstens in seinen Verheißungen, und die Ankündigung der Börsenreform zeigt doch seinen guten Willen, weil ihm hier die Rechte nicht folgen wird. Erfreulich ist es, daß er auch an Heeres-Ersparnisse denkt, was wir stets verlangten. Hoffentlich erfüllen sich die liberalen Verheißungen auch. Bisher waren weite liberale Kreise mit Recht unzufrieden. Wir werden den Reichskanzler in der liberalen Politik jederzeit gern unterstützen. Freilich werden wir, wenn wir auch selbstlos sind, dabei nicht einpacken und die Geschäfte der Rechten besorgen. So selbstlos sind wir doch nicht. Eigentlich habe der Kanzler Gelegenheit genug, den Wünschen des Liberalismus entgegenzukommen, auch in den Friedensbestrebungen; aber auch in Preußen sollte man weniger reaktionär sein. Man könne nicht zugleich im Reich liberal und in Preußen rückschrittlich sein. Noch weniger können das dieselben Personen. Der Kanzler habe anscheinend die Zeichen der Zeit erkannt, nun solle er danach auch handeln.

Gröber (Z.): Der Herr Reichskanzler, den ich zu meinem Bedauern nicht an seinem Platze sehe, hat Mitteilung gemacht von einer vertraulichen Besprechung, die vor der letzten Sitzung des aufgelösten Reichstags zwischen ihm, dem Kolonialdirektor und Kollegen Spahn und mir stattgefunden hat. Bei dieser Besprechung erwähnte der Herr Kolonialdirektor nebenbei, daß eine Vereinbarung mit den Missionaren in Togo getroffen sei. Dies veranlaßte den Kollegen Spahn, da ihm die Vorgänge in Togo nicht genau bekannt waren, zu der Frage, ob ihm zu seiner Information Einsicht in die Akten gewährt werden könne. Der Herr Reichskanzler gestattete dies, und der Herr Kolonialdirektor händigte einige Tage später dem Kollegen Spahn statt der Akten, wahrscheinlich um ihm die Information zu erleichtern, einen Aktenauszug ein. In diesem Aktenauszug war aber leider gerade über diesen Punkt Aufschluß nicht gegeben. Als nun Kollege Spahn in der Fraktionssitzung bei der Beratung des Kolonialetats dieses Übereinkommens Erwähnung tat, wurde ihm die Abschrift des ganzen Protokolls entgegengehalten, wonach das ursprüngliche Übereinkommen in den kritischen Punkten durch ein späteres Übereinkommen aufgehoben war. (Hört! hört! im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler wird nunmehr verstehen, weshalb unsere Bemühungen in der Fraktion den von ihm gewünschten Erfolg in diesem Punkte nicht haben konnten. (Sehr gut! im Zentrum.) Auf diesen Punkt beschränkten sich aber allein die Beschwerden des Herrn Reichskanzlers uns gegenüber. Im übrigen hat er selbst die Haltung zweier Redner unserer Fraktion in den damaligen Debatten anerkannt. Was die Eisenbahnvorlage anlangt, so muß er zugeben, daß die Zentrumsfraktion lediglich aus sachlichen Erwägungen zu ihr Stellung genommen hat. Der Herr Kolonialdirektor selbst hat zugegeben, daß die Begründung der Bahn Kubub-Keetmanshoop durch militärische Gründe nicht gerechtfertigt war — daher haben wir sie seinerzeit abgelehnt — und er hat neue wirtschaftliche Gründe dafür angeführt. (Sehr richtig! im Zentr.) Diese neuen Gründe haben uns veranlaßt, die Bahn zu bewilligen am Mittag desselben Tages, an welchem der Reichstag abends aufgelöst wurde. (Hört, hört! im Zentrum.) Wir sind auch gar nicht mit den Sozialdemokraten gemeinsam vorgegangen, denn diese haben bekanntlich in der Budgetkommission gegen unseren Antrag gestimmt. Dieser Antrag forderte nur Vorbereitung für die Verminderung der Truppen in Südwestafrika, bedeutet also keinen Eingriff in die Kommandogewalt. Im Plenum kam er deshalb nicht zur Abstimmung, weil der Reichskanzler es mit der Auflösung zu eilig hatte und die Abstimmung garnicht mehr abwartete. (Heiterkeit im Zentrum.) Es ist nicht wahr, daß unser Antrag irgend einen Termin für die Zurückschickung der Truppen enthielt. (Lebh. Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Ganp sagte, in unserer Fraktion seien die älteren und besonneneren Politiker überstimmt worden. Wäre er bei uns zugegen gewesen (Zuruf: Er kommt noch zum Zentrum! Große Heiterkeit.), so würde er wissen, das dies erlogen ist. (Lärm rechts.) Der Beschluß ist in unserer Fraktion einstimmig gefaßt worden. Der Reichskanzler hat die Rede des Abgeordneten Roeren über die Behandlung der Eingeborenen als persönlichen Angriff gegen den Kolonialdirektor und gegen sich aufgefaßt. Das Zentrum habe die Absicht gehabt, die Regierung zu ducken und das könne sie sich nicht gefallen lassen. (Der Chef der Reichskanzlei v. Löbell hat unmittelbar neben dem Redner Stellung genommen und unterbricht ihn mit wiederholten leisen Zwischenrufen.) Ich verbitte mir diese Störung.

Vizepräsident Paasche: Die Zwischenrufe waren so leise, daß ich sie nicht verstehen konnte.

Gröber: Wenn der Präsident mich nicht schützt, so bin ich Manns genug, mich selber zu schützen. (Lebh. Bravo! im Zentr. u. b. d. Soz.)

Vizepräsident Paasche: Der Präsident hat die Pflicht, den Redner gegen Zwischenrufe zu schützen. Sie können ihm doch keinen Vorwurf daraus machen, wenn er sie nicht hört.

Gröber (fortfahrend): Eine einfache Aussprache zwischen dem Reichskanzler und denjenigen Mitgliedern des Zentrums, welchen er bis dahin sein Vertrauen geschenkt hatte, würde jedes Mißtrauen beseitigt haben. Der Reichskanzler beklagt sich, daß der Abg. Roeren gegen den Kolonialdirektor vorgegangen ist. Die erste Rede Roerens behandelte Vorgänge in Togo, die nicht während der Amtszeit des Kolonialdirektors vorgekommen waren. Dagegen war die erste Entgegnung des Kolonialdirektors persönlich und in verletzender Form gehalten. Unzutreffend ist die Ansicht, daß der Zwischenfall Roeren-Dernburg einen Einfluß auf unsere Entschließung gehabt hat. Dieser Zwischenfall ereignete sich am 3. Dezember, aber schon vorher hatten unsere offiziellen Redner Schädler und Erzberger die schnellere Herabsetzung der Truppenzahl verlangt. Daß Abgeordnete des Zentrums und der liberalen Parteien mit verschiedenem Maße gemessen werden, zeigt auch die Rede des Abg. Müller-Meiningen über die Kolonialskandale. Von ihm werden die schwersten Vorwürfe gegen die Kolonialverwaltung und gegen den Reichskanzler erhoben, ohne daß der Reichskanzler ein Wort des Tadels aussprach. Müller-Meiningen sprach, man munkele in den Kolonien, daß Unteroffiziere Untersuchungsrichter seien, und vieles andere und sagte, beim Etat werden wir über diese Gegenstände sprechen. Na, wir wollen das abwarten (Heiterkeit und Sehr richtig! im Zentrum. Unruhe bei den Freisinnigen.) Gegen den Kanzler erhob er den Vorwurf, er habe seit Jahren gewußt, welche Wirtschaft in den Kolonien bestehe, und nichts dagegen getan. (Sehr richtig! im Zentr.) Und darauf sagte weder der Kanzler noch der Kolonialdirektor ein Wort. Vergleichen Sie damit, wie man über Herrn Roeren hergefallen ist. (Zustimmung i. Zentr. Große Unruhe beim Kartell.) Unser Antrag soll einen Eingriff in die Kommandogewalt bedeuten, der Antrag Ablaß dagegen nicht. Beide Anträge unterscheiden sich nur darin, daß der Antrag Ablaß die Vorbereitungen verlangte zu einer erheblichen Herabminderung der Truppen, der Zentrumsantrag dagegen zur Verminderung auf 2500 Mann. Im Prinzip sind beide Anträge identisch. Der Kolonialdirektor schien das auch zu fühlen, denn er sagte, die Regierung interpretiere den Antrag so, daß er einen Eingriff in die Kommandogewalt nicht bedeuten solle. Es kommt also auf die subjektive Meinung der Regierung an, und beim bösen Zentrum wittert sie böse Absicht. (Sehr gut! i. Zentr.) Wir haben gegen den Antrag Ablaß gestimmt, weil er nach unserer Meinung alles in das freie Ermessen der Verwaltung gestellt hätte. (Beifall i. Zentr.) Der Reichskanzler hat die Aus-

führung des Abg. Spahn, er habe die Ehre des Zentrums verletzt, mit dem wohlfeilen Hohne beantwortet, ob er das Zentrum um Erlaubnis zur Auflösung hätte fragen sollen. Wir haben das verfassungsmäßige Recht der verbündeten Regierungen nie bestritten. Die Verletzung unserer Ehre erblicken wir darin, daß man aus einer Ablehnung von 8 bis 9 Millionen bei einem Milliardenetat eine angeblich hochwichtige nationale Frage macht und darin, daß man deswegen dem Zentrum Mangel an nationaler Gesinnung zum Vorwurf gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung i. Zentr.) Noch im Frühjahr hatte der Reichstag mitten im Feldzug 15 Mill. Mark abgelehnt, ohne daß eine Aufregung erfolgte. Im Herbst aber soll der Abstrich von 9 Mill. ein staatsgefährliches Ereignis, ein Eingriff in die Kommandogewalt sein. Der Abg. Bassermann meinte, den Abstrich von 15 Millionen Mark habe die Regierung ja angenommen, und damit sei festgestellt, daß der Reichstag genügend bewilligt habe. Danach hätte die Regierung damals zu viel gefordert. Abstriche sind danach dazu da, den abhängig zu machen, ob die Regierung sie genehmigt oder nicht. (Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir halten eine solche subalterne Auffassung für unwürdig eines freien Parlaments. (Lebh. Beifall im Zentrum und bei den Soz.) Bei einer solchen Auffassung sollte man lieber die Reichstagsbude schließen und dem hohen Bundesrat die Festsetzung der Mittel überlassen, der ja nicht den beschränkten Untertanenverstand hat. (Lebhafter, wiederholter Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der Vorwurf des Mangels an nationaler Gesinnung ist doppelt kränkend für die Zentrumspartei, welche nach dem Zeugnis des Reichskanzlers und auch des Herrn Bauermann sich große Verdienste beim Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches, beim Flottengesetz, bei der Reichsfinanzreform, bei der wirtschaftlichen Gesetzgebung erworben hat. (Rufe bei den Soz.: Leider!) Die älteren Mitglieder des Hauses erinnern sich noch an die Wahlen von 1887. Damals war jeder ein Reichsfeind, der sich nicht davon überzeugen könnte, daß man die Friedenspräsenzstärke absolut auf 7 Jahre festlegen müsse. Später kamen die verbündeten Regierungen selbst und sagten: „Ach was! 5 Jahre tun es ebensogut.“ In der Sprache des Wahlkampfes von 1887 waren die verbündeten Regierungen also später Reichsfeinde. Und wie war es bei der Militärvorlage von 1893? Die Regierung verlangte eine Vermehrung der Friedenspräsenz um 84 000 Mann. Die Nationalliberalen waren so antinational, nur eine Vermehrung um 49 000 Mann bewilligen zu wollen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Noch antinationaler waren die Freisinnigen, die nur bis zu 25 000 Mann gehen wollten. (Erneute Heiterkeit im Zentrum.) Zur Annahme gelangte schließlich ein Antrag des Zentrums, für den sogar die Konservativen stimmten. Wie waren doch die Parteien damals antinational! (Große Heiterkeit.) Oder wie haben sich doch die Parteien damals so wenig geniert, ganz andere Summen an Forderungen der Regierung abzustreichen. (Sehr gut! im Zentrum.) Heute soll das nun antinational sein! Wer soll denn eigentlich darüber entscheiden, was eine nationale Frage ist? Etwa der Herr Reichskanzler allein, oder etwa Herr Bassermann, oder Herr Arendt? (Große Heiterkeit.) Das muß jede Partei, jeder Abgeordnete nach seinem Gewissen entscheiden. (Sehr gut! im Zentrum.) In der zu häufigen Verwendung des nationalen Registers liegt eine ernste politische Gefahr. Wenn man bei jeder Kleinigkeit, bei lumpigen paar Millionen gleich von der nationalen Gesinnung spricht, verliert schließlich der nationale Gesichtspunkt jede Bedeutung. (Lebh. Zustimm. im Zentr.) Da dürfte man ja nicht in dem geringsten Punkte mehr Opposition machen. (Sehr wahr! im Zentrum u. b. d. Soz.) Opposition haben doch auch die Konservativen bei der Kanalvorlage gemacht, und die war doch unendlich viel wichtiger als ein Teil von einem Nachtragsetat. (Sehr gut! im Zentrum.) Und wie ist man im Wahlkampf gegen uns vorgegangen! Hat man es doch gewagt, uns vorzuwerfen, wir seien Feinde von Kaiser und Reich. Das ist eine bodenlose Verleumdung, die wir mit Entrüstung zurückweisen. (Lebh. Beifall i. Zentr.) Ich habe es nicht begreifen können, als ich in der Zeitung ein Schreiben des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei las — es war ein Bettelbrief für die Wahlen, gerichtet nach Amerika — in dem von dem Kampf gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie als den stillen und offenen Feinden von Kaiser und Reich die Rede war. (Lebhaftes Hört, hört! und Pfui-Rufe im Zentr.) Das unterschreibt Herr Bassermann, der hier im Reichstage die großen Verdienste des Zentrums um die Gesetzgebung des Reiches anerkannt hat. (Sehr gut! im Zentrum). Wenn das von der Zentralleitung der nationalliberalen Partei aus geschieht, da darf man sich nicht wundern, was alles in Versammlungen und Zeitungen vorgekommen ist, wie schließlich die Bevölkerung zur Siedehitze, zu Haß und Wut gegen das böse Zentrum aufgestachelt ist. (Sehr wahr! im Zentrum.) Noch ein Wort über die Stellungnahme der Regierung im Wahlkampfe. Der Herr Reichskanzler meinte, er habe das Volk über die wahren Absichten der Regierung aufklären wollen. Er hat hingewiesen auf ein ähnliches Vorgehen der Regierung in einigen anderen parlamentarisch regierten Ländern, er hat aber dabei doch vergessen, daß wir kein parlamentarisch regiertes Land sind. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokr.) Das ist so eine Kleinigkeit, das macht dem Herrn Reichskanzler nichts aus. (Heiterkeit.) In parlamentarisch regierten Ländern, da treten die Minister vor die Wähler und lassen die Wähler über sich entscheiden; das ist etwas ganz anderes. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokr.) Ich glaube übrigens, der Herr Reichskanzler hat noch lange nicht genug Klarheit über seine Absichten gegeben, auch jetzt im Hohen Hause noch nicht. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn die Herren von der Rechten mit dem Eingreifen der Regierung bei den Wahlen einverstanden sind, so ist das sehr erklärlich; sie sind so sehr daran gewöhnt, daß sie es sich gar nicht anders denken können. (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn es wirklich dahin kommen sollte, daß die Regierung Geld von Privaten sammelt und durch eine Mittelsperson einzelnen Parteien zur Verfügung stellt, so würde das jeder amtlichen Wahlbeeinflussung Tür und Tor öffnen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, bei den Freisinnigen und Sozialdemokr.) Übrigens bitte ich um Aufklärung, ob die Nachricht richtig ist, wonach in der Wahlzeit einige Marinesoldaten und Kanzlisten aus dem Marineamt beim Flottenverein beschäftigt gewesen sind. (Hört! hört! im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler hat sich darüber aufgehalten, daß man vom persönlichen Regiment spreche, davon sei keine Rede „in der letzten Zeit“, wie er vorsichtig hinzufügte. (Heiterkeit.) Dieser Begriff ist ja sehr unbestimmt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: 24 Stunden!) Vielleicht noch weniger. (Heiterk.) Übrigens hat nicht das Zentrum, sondern ganz andere Männer sich in der letzten Zeit über das persönliche Regiment scharf ausgesprochen. So hat ein Reichstagsabgeordneter am 14. Novbr. 1906 eine längere Rede mit vielen Spitzen gegen das persönliche Regiment gehalten, die mit den Worten schloß: „Das Resultat ist Minderung des Respekts, die Furcht vor Deutschland, die früher bestanden hat, ist verschwunden.“ Wie unpatriotisch, wie antinational hat sich dieser Redner ausgedrückt, der vor dem Auslande so heftige Angriffe mit deutlichster Spitze gegen den Träger der Krone richtete. (Sehr gut! im Zentrum.) Und dieser Redner war der Abgeordnete Bassermann (Stürm. Heiterk. im Zentr.) und das Beste ist, daß er seine Interpellation vorher mit dem Herrn Reichskanzler verabredet hatte. (Hört! hört! und erneute große Heiterkeit im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler hat sich weiter gegen Darlegungen des Herrn Spahn gewandt, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt werden. Der Herr Reichskanzler ist ein sehr gewandter Debatter; wenn ihm unbequeme Fragen kommen, geht er darum herum und behandelt Dinge, die gar nicht behauptet worden sind, um die Redner dann gründlichst zu widerlegen. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Niemand hat behauptet, daß die Regierung kulturkämpferische Absichten gehabt habe. Wohl aber waren solche Absichten in den Reihen der liberalen Parteien. (Oho! Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum.) Nun, wenn Sie (nach links) es nicht glauben, so werde ich Ihnen die Äußerungen vorlegen. Herr Bassermann hat es gleich zu Anfang des Wahlkampfes begrüßt, daß der Wahlkampf unter der Parole „Los von Rom“ geführt werden könne, das gäbe gute Aussichten. (Redner verliest eine Reihe von Preßäußerungen, die zum Kampf gegen den Ultramontanismus auffordern. Die Verlesung wird zum Teil mit lebhaftem Sehr richtig! bei den Freisinnigen aufgenommen.) Die Herren (nach links) rufen Sehr richtig! und bestreiten noch, daß man im Wahlkampf kulturkämpferisch vorgegangen ist. (Sehr gut! im Zentrum.) Ein liberales Blatt hat es sogar als eine nationale Schmach bezeichnet, daß der Reichstag einen ultramontanen Präsidenten so lange gehabt habe. (Pfuirufe im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Pfuirufen ist nicht Sitte im Reichstage.

Gröber (fortfahrend): Dem gegenüber konstatiere ich nur, daß am 20. Februar der jetzige Präsident die hohe Begabung und persönliche Liebenswürdigkeit seines Amtsvorgängers hervorgehoben hat. Das ist die beste Kritik einer solch gehässigen Kampfesweise. (Sehr gut! im Zentrum.) In einem Kreise hat man ein besonderes Flugblatt darüber ausgegeben, daß die Frau des evangelischen Kandidaten von Riepenhausen zum Katholizismus übergetreten sei. (Hört, hört! im Zentrum.) Der Reichskanzler sagte, er habe das Zentrum im Topfe der Sozialdemokratie gefunden. Nun, da hat er die Freisinnigen häufiger finden können, aber das darf der Herr Reichskanzler nicht besprechen, denn das sind ja die neuen Freunde des Herrn Reichskanzler. (Heiterkeit im Zentrum.) So lange das jetzige Wahlgesetz mit seinem Stichwahlsystem die Wähler zwingt, zwischen zwei Gegnern zu wählen, macht man es den Bürgern allerdings sehr schwer, in der Stichwahl Stellung zu nehmen. Jedenfalls nimmt es sich, so lange das Wahlsystem gesetzlich besteht, doch sehr sonderbar aus, wenn vom Regierungstisch aus die Konsequenzen dieses Systems einzelnen Parteien zum Vorwurf gemacht werden. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Haben doch die „Berliner Neuesten Nachrichten“, ein offiziöses Organ, selbst betont, in der Stichwahl komme es nicht auf politische Grundsätze, sondern auf die Taktik an. Ich erinnere daran, daß der bekannte Konservative Rupprecht von Rausen seinerzeit öffentlich zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert hat. (Hört, hört! im Zentrum.) Wenn man sich so furchtbar moralisch entrüstet, daß Zentrumswähler auch in der Stichwahl für Sozialdemokraten ihre Stimme abgegeben haben, so will ich doch an ein Wort von anderer Stelle erinnern: „Wie man siegt ist gleichgültig, wenn nur gesiegt wird.“ (Sehr gut! im Zentr. und bei den Soz.) Unser Programm ist dem der Sozialdemokratie entgegengesetzt. Aber daraus folgt nicht, daß ein Zentrumswähler in der Stichwahl nie für einen Sozialdemokraten stimmen kann. Der Wahlkampf ist geführt worden, um eine Mehrheit des Kanzlers für einen Systemwechsel zu erreichen, und deshalb ist er mit besonderer Leidenschaftlichkeit geführt worden. Daß wir unter solchen Umständen in der Stichwahl für die Liberalen eintreten sollten, konnte niemand im Ernst von uns verlangen. Deshalb einen Vorwurf gegen uns erheben, ist weder der Kanzler berechtigt, der die Lage geschaffen hat, noch die Parteien, welche Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie abgeschlossen haben oder doch abzuschließen versucht haben. (Sehr gut! im Zentr.) Übrigens ist es auch ein gutes Stück politischer Heuchelei, wenn man daraus allein dem Zentrum einen Vorwurf macht. (Große Unruhe, geradezu Lärm beim Kartell.)

Präsident Graf Stolberg: Ich habe in diesem Augenblicke den Vorsitz übernommen und habe die Worte des Redners so aufgefaßt, als ob er dem Reichskanzler den Vorwurf politischer Heuchelei gemacht habe. Ist das richtig? (Große Heiterkeit, die sich schon bemerkbar macht, als der Präsident zum Reden ansetzt.)

Gröber: Ich habe den allgemeinen Satz ausgesprochen, daß es ein Akt politischer Heuchelei ist, wenn man aus einem Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie dem Zentrum allein einen Vorwurf macht. Den Kanzler habe ich nicht genannt.

Präsident Graf Stolberg: Dann habe ich natürlich keinen Grund, einzuschreiten. (Große Heiterkeit im Zentrum.)

Gröber zählt unter großer Heiterkeit des Zentrums und der Sozialdemokraten eine Reihe von Wahlkreisen auf, in welchen bürgerliche Parteien die Sozialdemokraten unterstützt haben. Beim Wahlkampf von 1903 hat ein liberaler Pfarrer in Württemberg den Wählern empfohlen: Wählt lieber den Teufel als einen Zentrumsmann! (Gr. Heiterk.) Der Zentrumskandidat, um den es sich handelte, war ich. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Im Jahre 1884 hat die „Kölnische Zeitung“ geschrieben, daß bei dem Wachstum der Sozialdemokraten auch eine entsprechende Zahl für sie von Mandaten erwünscht sei, bei den Stichwahlen dürfe man sie keineswegs als Feinde unter allen Umständen bezeichnen. Und wie war es bei den badischen Landtagswahlen? (Gr. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Ich habe hier das offizielle Handbuch der vereinigten Liberalen zu den Wahlen der badischen Landstände. Wenn Sie (zu den Liberalen) später einmal ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie abschließen wollen, so finden Sie hier den Entwurf dazu. Es heißt hier: Anhänger der liberalen Partei sollen beim zweiten Wahlgang für den Sozialdemokraten stimmen, nachdem sichergestellt ist, daß in einer Anzahl anderer Bezirke die Sozialdemokratie ihre Stimme den Kandidaten des liberalen Blocks gibt. Nach erfolgtem Sieg freut sich das „Freiburger Tageblatt“, daß die Fahne der Freiheit — das ist die der sozialdemokratischen Freiheit (Große Heiterkeit im Zentrum) wieder über Freiburg weht. Hierfür, heißt es, an die Kriegervereine unsern Dank mit deutschem Gruß. Das liberale Wahlkomitee. (Stürmische Heiterkeit im Zentrum und bei den Soz.) Auch bei diesen Wahlen hat es nicht an Versuchen der Liberalen gefehlt, mit den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis zu schließen. Der nationale „Mannheimer Generalanzeiger“ teilt mit, daß bei den Verhandlungen natürlich vorgesehen war, der Sozialdemokratie Kompensationen zu geben. Doch scheiterten die Verhandlungen an der Verständnislosigkeit der Sozialdemokratie für die Versuche, das Zentrum in Baden zu schwächen. (Gr. Heiterk.) Die Wirkung des Wahlkampfes ist eine neue Mehrheit für die Regierung im Reichstage, nicht aber im Volk, die Blockparteien haben eine Million Stimmen weniger erhalten als die Minderheitsparteien. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler betonte, daß die Niederlage der Sozialdemokratie durch die Kraft des Bürgertums erreicht sei. (Sehr merkwürdig ist das angesichts der Tatsache, daß der Kanzler zu diesem Zweck hat Geld sammeln müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er scheint der Kraft des Bürgertums auch für die Zukunft nicht zu vertrauen, sonst hätte er wohl kaum in Aussicht gestellt, daß er in Zukunft noch mehr an Wahlumtrieben leisten würde. (Sehr richtig! im Zentrum und b. d. Soz.) Was ist nun sein neues Programm? Er hat eine verständige Fortführung der Sozialpolitik versprochen, Schutz der Bergarbeiter, Schutz, Schutz, Schutz, es wimmelte nur so von Schutz, Schutz der Börse! Als er das sprach, waren die Konservativen sehr ruhig. Das Börsengesetz möchte ich sehen, das Liberale und Konservative befriedigen wird. Wie die soziale Politik des Blocks auf dem Gebiet des Handwerkerschutzes aussehen wird, ist mir auch sehr interessant. Bezeichnend für den Aufschwung des Liberalismus ist die Auffassung des Herrn Dr. Barth, der die „Nation“ eingehen läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit für die bisherige Wirtschaftspolitik ist gestärkt worden. Merken Sie sich das meine Herren Liberalen. (Lebh. Zustimmung i. Zentr. Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Das Zentrum und die Rechte zählt 247, die ganze liberale Linke, einschließlich der Sozialdemokraten, nur 141 Stimmen. (Abg. Bebel: Leider!) Ich kann Ihren Schmerz begreifen, Herr Bebel, aber wie die Liberalen auf eine liberale Wirtschaftspolitik rechnen können . . (Zuruf b. d. Liberalen: Tun wir ja gar nicht!) Na, das ist gescheit von Ihnen. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Wiemer hat eine Vermögenssteuer in Aussicht gestellt für eine Reform der Branntweinsteuer, Sie haben wohl darüber noch keine Vereinbarungen getroffen. (Rufe Rechts: Nein, nein!) Es scheint also doch an der Morgengabe für die konservativ-liberale Paarung zu fehlen. (Große Heiterkeit i. Zentr.) Das umfangreiche Programm des Kanzlers war nur ein Programm von Worten: Schutz der Landwirtschaft, sehr schön! Schutz des Handwerks, auch schön! ein einheitliches Vereinsgesetz, ganz famos! Ersparnis in der Armee, willkommen! Reform des Strafrechts! ausgezeichnet; nur fragt sich, wie alles dies aussehen wird. (Sehr richtig!) Übrigens hat das Zentrum all dies schon seit Jahren gefordert, und seine Erfüllung wird uns nicht ärgern. Das Zauberwort der konservativ-liberalen Paarung ist von einem konservativen Blatt als Empfehlung der Grundsatzlosigkeit bezeichnet, und als Aufforderung zu politischem Selbstmord. Die Sozialdemokratie wird durch den Liberalismus nicht überwunden werden, sie ist ja aus ihm hervorgegangen (Heftiger Widerspruch bei den Liberalen) und seine konsequente Fortbildung, sie fordert die Omnipotenz des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet wie dieser auf politischem. Ihr Materialismus kann nicht durch den des Liberalismus überwunden werden. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.) Heute hat Herr Schrader bemerkt, wir sind bereit, alles zu bewilligen, was notwendig ist. Ja, gerade so machen wir es auch. (Große Heiterkeit links.) Wir bewilligen auch alles, was notwendig ist, und behalten uns nur vor, abzulehnen, was uns nicht notwendig erscheint. (Heiterkeit.) Wenn man die einzelnen Redner in dieser Debatte mit dem Gedanken an die konservativ-liberale Paarung anhörte, mußte man sich sagen: Bei Wiemer, Gamp und Liebermann, da fängt der Streit ganz munter an. (Große Heiterkeit.) Uns warf man vor, daß wir ein kaudinisches Joch für die Regierung aufgerichtet hätten, die anderen Parteien haben aber in diesen Debatten eine ganze Reihe von kaudinischen Jochen errichtet. (Heiterkeit im Zentrum.) Wie ist die Lage der Zentrumsfraktion heute? Nach den bisherigen Verhandlungen gar nicht ungünstig. Wir stehen äußerlich und innerlich gestärkt da. Der Reichskanzler steht mit seinen Angriffen gegen uns in dieser Debatte allein. Er scheint auf eine gewisse Uneinigkeit unter den Katholiken zu spekulieren. Diese Spekulation ist verfehlt. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Leider hat aber der Wahlkampf die Kluft zwischen den Konfessionen erweitert. Und das alles wegen einer Lappalie von ein paar Millionen. Die Verantwortung trägt vor der Geschichte der Herr Reichskanzler. Wir werden nicht aufhören, unser altes Ziel zu verfolgen zum Wohle des geliebten Vaterlandes. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Kolonialdirektor Dernburg bemerkt gegenüber der Darstellung des Abg. Gröber über die vertrauliche Besprechung des Reichskanzlers mit den Abgg. Spahn und Gröber, daß Herr Spahn die Akten bekommen habe, um die er gebeten habe. Hätte er andere erbeten, hätte er sie auch erhalten. Über die Frage der Zurückziehung der Truppen ist in der Budgetkommission sehr breit verhandelt worden. Das Zentrum verlangte, daß vom 1. April ab 2 500 Mann zurückgezogen werden, und mehr wollte das Zentrum am 1. April ja auch nicht bewilligen. (Stürm. Widerspruch im Zentrum.) Die verantwortlichen Leiter erklärten aber einen solchen Abstrich für unmöglich. Der Antrag Ablaß aber verlangte nur die tunlichste Verminderung der Truppenzahl. Damit war alles in das Ermessen der Kommandogewalt gestellt. Nach dem Zentrumsantrag aber wollte die Mehrheit die Oberkommandogewalt an sich nehmen. (Stürm. langanh. Unterbrechung im Zentrum.) Die Regierung konnte sich das nicht gefallen lassen. (Bravo! bravo! rechts und b. d. Liberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Reichskanzler ist heute morgen verhindert, hier zu sein. Er wird deshalb später antworten. Der letzte Anstoß zur Auflösung war nur durch die Ablehnung der Summen gegeben worden. Es handelte sich um wichtige nationale Fragen. Da unser Ansehen dem Auslande gegenüber gefährdet war, wurde diese Angelegenheit für uns zu einer äußerst wichtigen gestempelt. Nationale Fragen kann man nicht nach Millionen beurteilen (Sehr richtig!), sondern nach der allgemeinen politischen Lage. Das war hier der Fall. Der Reichskanzler setzt seine ganze Stellung und sein politisches Renommee ein, wenn er den Reichstag auflöst. Daß er da nicht leichtfertig vorgeht, versteht sich von selbst. Überdies steht der Bundesrat auf seiner Seite. Die Ausführung des hier vorgelegten Programms erfordert naturgemäß eine längere politische Entwickelung viele Sessionen hindurch. Ich hoffe, daß es dem Reichskanzler gelingen wird, dieses Programm durchzuführen. (Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Freitag, 1 Uhr, vertagt.

Schluß 6¼ Uhr.

Handels- und Marktnachrichten.

Steinschanz-Viehmarkt

am 28. Februar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 2459 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 53 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 46—50 Mk. und Ferkel 49—52 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten“** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten“.**

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks.

Nachruf.

Am Dienstag vormittag verstarb infolge eines Unfalles unser langjähriges Mitglied

Hermann Timmermann

im Alter von 49 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 2. März, vormittags 10½ Uhr statt.

Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an der Beerdigung um 9¾ Uhr vom „Vereinshaus".

Der Vorstand

Billig zu vermieten 2 Damen-Maskenanzüge.
Friedenstraße 20 I

Ein einfach mobl. Zimmer zu vermieten. Glorinstr. 18 II, in Nähe der Schwart. Allee.

Ein leeres heizbares Parterrezimmer mit separatem Eingang sofort zu vermieten. Zu erfragen Ziegelstraße 25a, part.

Zu sofort ein möbliertes Zimmer zu vermieten Attendornstraße 58, pt.

Gesucht zum 1. April **2—3 Zimmer-Wohnung.** Angebote u. **W. 17** a. d. Exp.

Gesucht zum 1. April eine **Zweizimmerwohnung,** mitte der Stadt, von einz. Leuten. Angeb. unter A. 12 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine **Dreizimmer-Wohnung,** am liebsten Holstentor. Offerten mit Pr. u. K. an die Exped. d. Bl.

Zwei gleiche Damen-Maskenkostüme billig zu vermieten oder zu verkaufen.
Kl. Burgstraße 21 p.

Ein Damen-Maskenanzug zu vermieten (Sport).
Heinrichstraße 7.

Ein Friseurlehrling

kann sofort ev. Ostern unter günstigen Bedingungen in die Lehre treten.

Für gute Ausbildung wird garantiert.

Otto Treder, Friseur, Ziegelstr. 25.

Artikel für Hausierer und Wiederverkäufer. Hüxstraße 27, Laden.

---

1 fast neuer eleganter **Sommerpaletot** m. Seidenfutter u. 1 guterhaltener Jakettanzug bill. zu verk. Beckergrube 27, pt.

Billig zu verkaufen eine Trittnähmaschine. Wleinerstraße 8, I.

Eine **Kinderbettstelle** zu verkaufen.
Schwartauer Allee 129, I.

Sechs junge Legehühner billig zu verkaufen.
Ziegelstraße 1 c.

Infolge der

gesunkenen Schweinepreise

gebe ich bekannt, daß ich den Preis für

frisches Fleisch und frische Wurstwaren

ermässigt

habe.

Julius Schober

Große Burgstraße 55

Empfehle:

Pa. fettes Rindfleisch Pfd. 75 Pfg.
- Kalbfleisch - 60 -
- Schweinefleisch - 70 -

sowie sämtliche Wurstwaren zu den billigsten Preisen.

F. Peters,

Glandorpstraße, Ecke Waisenhofstraße.

Empfehle

sämtliche Fleisch- und Wurstwaren in bester Qualität.

H. Spangenberg

Schlachterei u. Wurstfabrik m. elektr. Betr.

Schwartauer Allee 59 Ecke Ludwigstraße.

Prima Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg.
Kalbfleisch „ 50 „
48b Königstraße 48b

Empfehle:

sämtliche Fleisch- und Wurstwaren

in besten Qualitäten.

Von 5 Uhr an:

ff. heiße Knackwurst.

Oscar Keil

Schlachterei u. Wurstmachereim elektr. Betr.

Schwartauer All. 65, Ecke Westhoffstr.

Fernsprecher 1447.

Infolge eines betrübenden Unglücksfalles verstarb plötzlich am 26. Februar unser langjähriger treuer Vormann

Herm. Timmermann

von hier. Er war ein braver, guter Mann, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden und betrauern wir seinen Verlust schmerzlich.

Lübeck, den 28. Februar 1907.

Kreplin & Boye, Stauerei-Betrieb.

Geschäfts-Uebernahme.

Den werten Kunden der **Frau Walter** und einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage die

Bäckerei und Konditorei

Lindenstrasse 27a, Ecke Teichstrasse

übernommen habe, und bitte ich, das der Vorbesitzerin erwiesene Wohlwollen mir freundlichst erhalten und mich in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. **Für sauberes und schmackhaftes Gebäck jeder Art und entgegenkommende Bedienung** werde ich stets Sorge tragen.

Lübeck, den 1. März 1907. Hochachtungsvoll

Lindenstraße 27a. **Carl Röttger.**

Rote Rabattmarken!

Extra-Angebot für Konfirmanden-Anzüge.

Rote Rabattmarken!

A. Konfirmanden-Anzug aus diamantschwarzem Cheviot **7.50 Mk.**

B. Konfirmanden-Anzug aus tiefschwarz. Satin u. Kammg., sehr haltbar **12.50 Mk.**

C. Konfirmanden-Anzug aus K'garn, fein gerippt, erprobt im Tragen **16.50 Mk.**

D. Konfirmanden-Anzug aus Aachener Kammgarn, elegante Verarbeitg. **21.00 Mk.**

Jackett- und Rock-Anzüge f. Herren 12.50, 16.50, 24 —	Spezialität: Kleidungsstücke für starke Herren.	Knaben-Anzüge in großer Auswahl 3 50, 4.75, 6.50,

Klingenberg 5 Ecke Marlesgrube **Louis Levy** Klingenberg 5 Ecke Marlesgrube

---

Zirka 200 Paar Pantoffel

mit Ledersohle, Paar 40 Pfg.

Breitestrasse 32. Auktionator Albert Mohrmann.

Morgen Sonnabend:

Prima Flohmen Pfund 70 Pfg.

Eine Partie

geräucherte Mettwurst,

sehr schön, Pfund 80 Pfg.

W. C. Köppke,

Klingenberg 3–4.

„Die Neue Zeit"

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —

Redigiert von **Karl Kautsky.**

Prima Landschinken

im ganzen und im Ausschnitt

empfiehlt

Fernspr. 473. **Th. Storm,** Königstraße 98.

Sehr schöne Hofbutter

à Pfd. 1.20 Mk.

empfiehlt

Fernspr. 473. **Th. Storm,** Königstraße 98.

Ausverkauf

in

Gemüse-Konserven.

Junge Brech und Schnittbohnen
2 Pfd. 28 Pf.,

Gemüse-Erbsen
2 Pfd. 40 Pf., 1 Pfd. 25 Pf.,

Schnittspargel mit Köpfen
2 Pf. 75 und 90 Pf.,

Ia Kirschsaft mit Flasche 50 Pf.,

Ia. Himbeersaft mit Zucker
½ Flasche 80 Pf.,

Eine Partie echten holländischen Käse,
leicht beschädigt, Pfd. 80 Pf.,

Aechten Tilsiter Poulett,
etwas weich, Pf. 65 Pfg.,

Alten Bierkäse, Pfd 60 Pf.,

Alten fetten Limburger,
Pfd. 60 Pf.,

Alten fetten Tilsiter Bruchkäse,
Pfd. 40 und 50 Pf.,

Frische Hofbutter
Pfd. 1,20 Mk.,

Auf alle Waren rote bubeca-Marken.

Hans Wegener,

obere Wahmstrasse 10.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1907

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.:

Die Parteien des Reichstages. — Winke für Militärinvaliden. — Die Reichstagswahlen von 1903 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Sozialdemokratische u. Gewerkschafts-Presse. — Volksschulen in Deutschland. — Die Gewerkschaften im Jahre 1905. — Die Arbeitersekretariate. — Die internationale Gewerkschaftsbewegung. — Die im Jahre 1906 gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten (Bildnisse). — Kalendarium und Geschichtskalender. — Adressen d. deutschen Arbeitersekretariate. — Münztabelle. — Deutsche Großstädte. — Maße und Gewichte. — Portotaxe. — Ein vielseitiges Adressenmaterial.

Außerdem enthält der Kalender ein Porträt des verstorbenen Genossen H. Meister in künstlerischer Ausführung.

Zu beziehen ist der Kalender durch jede Parteibuchhandlung.

Der Verlag:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Rauch- und Kautabake

sowie

Zigarren u. Zigaretten

empfiehlt

Rud. Fromm

Packenburger Allee Nr 25.

E. Boy

Fischhandlung
Markthalle 46

Sonnabend trifft frisch ein: — Telephon 115.
Seelachs, Cabljau, gr. Hamburger Stint, Hilzstr. 30, Ecke Pfaffenstr., Königstr. 24
ger. Bücklinge, Sprotten, Fleckheringe.

Bilder aus Lübecks Vergangenheit

Von **Theodor Schwartz.**

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwd gebd. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung und Buchdruckerei.

Johannisstraße 50.

Vom Abbruchlager

billig zu verkaufen: Türen, Windfänge, Fenster, Luchten, Fenster, eichene und föhrene Balken, Bretter, Bauholz, Rohre, Dachpfannen.

Tannen Mtr. 4 50 Mk.

Brennholz: Eichen Mtr. 6.50 Mk. ab Lagerplatz.

Trockenes Kiefern-Brennholz per Sack 70 Pf.

H. Hartog, Kanalstraße, Ecke d. Glockengießerstr.

Sonntags von 7—9 Uhr vorm geöffnet.

Durch günstigen Einkauf grosser Pöste weisser Waren aller Art sind wir in der Lage **erhebliche Vorteile** zu bieten. Wir veranstalten **wie in den früheren Jahren** ab 1. März eine

Selten günstiges Angebot für Braut-Ausstattungen.

Weisse Woche

Selten günstiges Angebot für Hotels und Restaurants.

Wir bitten unseren geehrten Kundenkreis um Besuch zur Besichtigung der sensationell dekorierten Innenräume.

Kein Kaufzwang!

Breitestr. 44 **Markmann & Meyer** Breitestr. 44

Beachten Sie unsere Schaufenster in der Markthallen-Passage.

Achtung Arbeitslose!

Diejenigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei in der Generalversammlung vom 28. Februar ds. Js. bestimmten 3000 Bröte Anspruch erheben, haben sich am Freitag, den 1., und Sonnabend, den 2. März, abends von 6—8 Uhr, an folgenden Stellen zu melden:

Innere Stadt:
Heitmann, Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Zimmer Nr. 1,
A. Beck, bei Schröder, Lederstraße 3.

Holstentor:
J. Dührkoop, Ritterstraße 6,
A. Weitendorf, Friedenstr. 15.

Moisling:
Genosse A. Weitendorf wird am Sonntag, den 3. März, nachm. 2—3 Uhr, im Lokale des Herrn Schreiber zur Entgegennahme v. Meldung. anwes. sein.

Burgtor:
A. Jäger, Arnimstraße 9b, I.

Mühlen- u. Hüxtertor:
D. Möller, Cronsf. Allee 105a.
F. Gröpper, Augustenstr. 27, I.

Fackenburg u. Umg.
A. Süfke, Zimmermann, Stockelsdorf-Lohe.

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an verschiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wann sich dieselben das Brot abholen können.

Die Kommission.

Achtung!
Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäft. Personen.
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Wegen Verhinderung des Vertreters werden die Frauen der Mitglieder ersucht, nicht am Sonntag den 3. März, sondern **am Sonntag den 10. März** zu einer Besprechung betr. des Fahnenbandes nachmittags 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52, zu erscheinen.

Die Kommission.

Restaurant „Zum goldenen Stern",
Gr. Burgstr. 27. Gr. Burgstr. 27.
Fernspr. 1530
Allen Freunden und Gönnern bestens empfohlen.
Carl Buck.

Mitgliederversammlung
des
Verbandes deutscher Brauereiarbeiter
am Sonnabend, den 2. März
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Der Vorstand.

Auf Abzahlung!
Ohne Anzahlung erhalten meine werten Kunden, auch solche von anderen Kredit-Geschäften, sofern sie sich über gute Zahlungen ausweisen können
Möbel, Polsterwar., Betten, Anzüge, auch für Konfirmanden, sowie Kleiderstoffe, Kostüm-Röcke etc.
H. Kesten
Untere Johannisstrasse 70.

Empfehle Sonnabend in der Markthalle Stand 28
prima Kalbfleisch.
Alb. Hidde.

Von heute an
ermässigte Preise
auf **Fleisch- u. Wurstwaren.**
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere
Detailgeschäft Holstenstrasse 19. Detailgeschäft Breitestrasse 44.

Hansa-Theater
Mr. Havemann's
aus 11 Tieren bestehende, wunderbar dressierte gemischte
Raubtier-Gruppe
(Löwen, Tiger, Bären und Leoparden)
alles Prachtexemplare.
Dazu das neue Programm.
Vorverkauf bei Sager u. Kaibel.
Morgen Sonntag:
2 Vorstellungen.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
E. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen Generalversammlung vom 28. Februar 1907 beschlossene Dividende kann vom Montag, den 4. März d. Js., ab an den Wochentagen von morgens 9—12 Uhr, nachm. von 3—6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Kontor der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
für Frauen und Männer
am Sonnabend den 2. März, abends 8½ Uhr
im Neu-Lauerhof.

Tagesordnung:
1. **Der Beitritt zur Genossenschaft eine Pflicht des Arbeiters gegen sich und seine Familie.**
Referent: **Aug. Kaseh**-Wandsbeck.
2. Verschiedenes.

Arbeiter und Arbeiterinnen des Burgtorbezirks erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Der Einberufer.

Stadt-Theater.
Direktion: Ludw. Piorkowski.
Sonnabend, 2. März. 7 Uhr.
Große Klassiker Schüler-Vorstellung.
Götz v. Berlichingen.
Sonntag, den 3. März.
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen.
Alt-Heidelberg.
Abends 7 Uhr:
Gr. Doppel-Vorst. zu einf. Preisen.
Das Nachtlager in Granada.
Oper in 2 Akten von Kreutzer.
Hierauf:
Husarenfieber.
Lustspiel in 4 Akten von Kadelburg und Skowronnek.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 51. Freitag, den 1. März 1907. 14. Jahrg.

Soziales und Parteileben.

Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags verlangen die Genossen von Sorau-Forst. Sie nahmen auf ihrer Wahlkreiskonferenz am Sonntag folgenden Antrag an: „Die Generalversammlung richtet an den Parteivorstand das Ersuchen, entweder einen außerordentlichen Parteitag im Frühjahr einzuberufen oder den ordentlichen Parteitag in diese Zeit vorzurücken und die Frage der Reichstagswahl als einzigen Punkt (neben den üblichen Geschäftsberichten) auf die Tagesordnung zu setzen.“ Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche haben die Genossen in Sorau-Forst nicht, was wir nicht sonderlich bedauern. Wir versprechen uns gar nichts von einer sechstägigen Diskussion über die Ursachen der Wahlniederlage auf einem Parteitage. Die Konferenz in Sorau-Forst stellte den Genossen Maurenbrecher wieder als Reichstagskandidaten auf und beschloß außerdem die Anstellung eines Parteisekretärs.

Die bayerische Sozialdemokratie und die Landtagswahlen. Am Sonntag fand in München eine Konferenz der Mitglieder des Landesvorstandes, der drei Gauvorstände und Vertreter der in Bayern erscheinenden Parteiorgane statt, in der zu den kommenden Landtagswahlen Stellung genommen wurde. Folgende Resolution fand Annahme: „Das nach langem Kämpfen errungene Wahlrecht ermöglicht es der Sozialdemokratie in Bayern endlich, die Stimmen ihrer Anhänger genau zu zählen. Daraus ergibt sich von selbst die Notwendigkeit folgender Taktik: Die sozialdemokratische Partei Bayerns tritt mit voller Selbständigkeit, ohne jede Fühlung oder Verbindung mit anderen Parteien, in den Wahlkampf ein.“ Weiter gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Konferenz weist darauf hin, daß der bevorstehende Landtagswahlkampf an das Geschick und die persönliche Leistungsfähigkeit der Kandidaten unserer Partei die höchsten Anforderungen stellen wird. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratische Fraktion in dem neuen, auf sechs Jahre zu wählenden Landtag in weit höherem Maße noch als bisher auf allen Anforderungen gewachsene Arbeitskräfte angewiesen ist. Die Parteigenossen, namentlich der für uns aussichtsreichen Wahlkreise, werden demgemäß ersucht, bei der definitiven Aufstellung unserer Kandidaten diese wichtigen Gesichtspunkte nachdrücklich zu berücksichtigen und, wo die Nominierung nicht unter diesem Gesichtspunkte erfolgt ist, dementsprechende Änderungen eintreten zu lassen.“

Ein Scharfmacherverband für das deutsche Glasergewerbe. Unter dem Namen „Schutzverband selbständiger Glaser und verwandter Gewerbe Deutschlands“ ist nun eine Unternehmerorganisation zustande gekommen, die sich ihrem Statut nach als ein echter Scharfmacherverband darstellt, mit dem ja glücklicherweise unerreichbaren Zweck, jedes ernste Streben der organisierten Glasergehilfen nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unmöglich zu machen. Das Unternehmerorgan, die „Deutsche Glaserztg.“, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer die Satzungen des „Schutzverbandes“, sowie ein Normalstatut für die Lokalverbände, und schon die Einleitung, die sie vorausschickt, zeigt, welch feindselige Gesinnung gegen die vorwärts strebende Gehilfenschaft bei der neuen Gründung vorherrschend war. Sie beginnt nämlich so: „Die unausgesetzt sich mehrenden Lohnkämpfe im Glasergewerbe und die hierbei hervortretenden stetig weiter gehenden Forderungen der Gesellen-Organisationen haben einen unerträglichen und so bedrohlichen Charakter angenommen, daß die Arbeitgeberschaft nachgerade dazu gedrängt wird, sich auch ihrerseits fester zusammenzuschließen, um sowohl im eigenen Interesse wie auch zum Schutze der arbeitswilligen Gesellen unberechtigte Forderungen mit Erfolg zurückweisen zu können.“ Weiter ist in der Einleitung von dem „sich immer anmaßender gebärdenden Streikterrorismus“ der Gehilfenschaft die Rede, während die Herren Schutzverbändler gar nicht zu merken scheinen, daß sie selbst gegen ihre eigenen Meisterkollegen wie gegen die organisierten Gehilfen in ihren Satzungen einen Terrorismus als Pflicht hinstellen, der gewiß in der Arbeiterschaft seinesgleichen nicht findet. Die Namen aller streikenden und ausgesperrten Arbeiter sollen im Verbandsorgan veröffentlicht werden und unter keinen Umständen soll ein Arbeitgeber die also Geächteten einstellen. Im ganzen Reich sollen sie brotlos gemacht werden, und darüber hinaus soll jene Bestimmung auch für die Arbeitgeberverbände gelten, mit denen der Schutzverband einen Kartellvertrag abgeschlossen hat. Weiter steht in den Satzungen: „Ein Arbeiterausstand ist stets als unberechtigt anzusehen, wenn durch denselben die Bewilligung folgender Forderungen erzwungen werden soll: 1. Abschaffung der Akkordarbeit; 2. Garantie des Durchschnittslohnes oder Einführung eines Minimallohnes; 3. andere Forderungen von prinzipieller Bedeutung.“ Die grundlegenden Forderungen der Gehilfen sollen also mit äußerster Rücksichtslosigkeit bekämpft werden, und die Arbeitgeber, die sich etwa einfallen lassen, auf vernünftiger Basis Frieden mit ihren Gehilfen zu schließen, ebenfalls. Die Glasergehilfen Deutschlands werden selbstverständlich nicht vor dem Schutzverband ins Mauseloch kriechen, sondern vielmehr mit um so größerer Kraft und Ausdauer ihren Kampf um bessere und geregelte Arbeitsbedingungen fortsetzen.

Die Zeugniszwangsfolter in Halle. Über die Verhandlung des Preßprozesses gegen den Genossen Thiele vom „Volksblatt für Halle“ am Montag vor dem Schöffengericht zu Halle, die, wie wir bereits meldeten, zur Verhängung der Zeugniszwangshaft über den Genossen Tänning führte, wird aus Halle geschrieben: Die Zeugen Redakteur Fröhlich, Metteur Kochansky und Berichterstatter Ebeling, die nichts Bestimmtes darüber sagen konnten, wer der Verfasser des inkriminierten Artikels ist, wurden vereidigt. Redakteur Tänning, der gegenwärtig 3 Monate Gefängnis verbüßt und am kommenden Freitag entlassen werden muß, sagte aus, daß er bei dem inkriminierten Artikel eventuell als Mittäter in Frage kommen könne und sich auch verpflichtet fühle, das Redaktionsgeheimnis zu wahren. Er wurde dann wegen Zeugnisverweigerung mit 100 Mark bestraft und bis zum nächsten Termin in Zwangshaft genommen. Mehr als eigentümlich erschien das Verhalten des klagenden Rechtsanwalts Suchsland, der auch gegen den beklagten Genossen Redakteur Thiele einen Zivilprozeß wegen des Artikels auf Schadenersatz angestrengt hat. Der Herr sagte nämlich vor Gericht, daß der Verteidiger Thieles, Rechtsanwalt Herzfeld ihm privatim gesagt habe, daß Thiele in dem Zivilprozeß einen ihm zugeschobenen Artikel nicht leugnen würde. Rechtsanwalt Herzfeld fand es [illegible] nicht schön, daß sein Herr Kollege von Schweigepflicht vor Gericht Gebrauch mache. Er sei dadurch gezwungen, mitzuteilen, daß sein Kollege Suchsland ihm ebenfalls privatim gesagt habe, er habe den Zivilprozeß gegen Thiele nur angestrengt, um Material für den Verleumdungsprozeß zu bekommen. Die Verhandlung wurde schließlich wieder vertagt.

August Winter †. Am 25. Februar starb in der Provinzialirrenanstalt zu Rybnik (Oberschlesien) Genosse Dr. August Winter, der frühere Arbeitersekretär. Von einem unheilbaren Hirn- und Rückenmarksleiden befallen, verbrachte Winter die letzten 2½ Jahre seines Lebens in der genannten Anstalt, bis ihn der Tod von seinem Leiden erlöste. Unsere Partei beklagt in Winter einen ihrer besten und aufopferungsvollsten Mitkämpfer. Als Sohn einfacher Bauersleute in der Grafschaft Glatz geboren, ist Winter im besten Mannesalter, eben 40 Jahre alt, dahingeschieden. Schon nach Beendigung seiner Studien schloß er sich der Partei an und wurde eifriger und uneigennütziger Mitarbeiter der Breslauer „Volkswacht“. Weit über seine ursprüngliche Absicht hinaus entwickelte sich jedoch bald Winters Tätigkeit in Oberschlesien. Zunächst gab er eine größere Anzahl eingehender, auch heute noch sehr lesenswerter Schilderungen der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geschichtlichen Verhältnisse Oberschlesiens, mit den Augen des hochgebildeten, sozialpolitisch geschulten menschenfreundlichen Mannes gesehen heraus. Eine terra incognita, ein unbekanntes Land voll Leiden und Jammer zahlloser unterdrückter, rechtloser, unwissender Proletarier, voll Hochmut und Eigennutz mächtiger Herren, voll schrankenloser Gewalt unfehlbarer Beamten, voll fanatischen Eifer lichtscheuer Pfaffen erstand vor den Augen der erstaunten und empörten Parteigenossen. Dann aber ging Winter zur Positiven Tätigkeit für unsere Sache, die Sache der Menschlichkeit und des Rechtes über, versuchte die armen Geknechteten zu gewinnen für den Sozialismus, für die Partei wie für die gewerkschaftliche Organisation. Seine Arbeit wurde überraschend reich gelohnt. Während 1898 in den sämtlichen oberschlesischen Wahlkreisen etwa 5000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, stieg diese Zahl 1898 nach reichlich einjähriger Tätigkeit Winters auf rund 25 000. Am 1. November 1898 übernahm Winter das oberschlesische Arbeitersekretariat. Unter Winters Führung bekam nun dies Arbeitersekretariat eine für Oberschlesien gewaltige Entwicklung dergestalt, daß die Frequenz im Jahre 1901 auf mehr als 10 000 Besucher gestiegen war. Diese Riesenleistung bewältigte Dr. Winter ganz allein und nicht nur das, er arbeitete mit gleicher Energie für die gewerkschaftliche Organisation wie für die sozialdemokratische Partei. Nach siebenjähriger aufreibender Tätigkeit legte Winter seinen oberschlesischen Posten nieder, um in Stettin als Redakteur des dortigen Parteiblattes einen neuen Posten in der Bewegung zu übernehmen. Aber es war schon zu spät, er brach kurz nach dem Antritt der neuen Stellung zusammen, erholte sich zwar vorübergehend wieder, fiel aber nach Ablauf eines weiteren Jahres unrettbar in die Arme schwerer, unheilbarer Geisteskrankheit, von der ihn jetzt der erbarmende Tod befreite. Mit August Winter ist in Wahrheit ein Pionier unserer Sache dahingegangen, einer jener treuen, bescheidenen, aber wunderbar zähen und tapferen Männer, die unter unsäglichen Entbehrungen der Bewegung die Wege bahnen, „Rodearbeit im Urwald“ leisten, wie Winter selbst treffend von der agitatorischen Arbeit in Oberschlesien sagte. An seinem Grabe stehen trauend seine greisen Eltern, deren Stolz und Hoffnung der edle Sohn war, steht eine liebende Gattin die das Schicksal grausam um ihren gereiften Anspruch auf Glück betrogen hat, stehen im Geiste all die Genossen und Mitstreiter, die den Verlust des opferwilligsten treuesten Gefährten und Vorkämpfers betrauern!

Die Vorschriften des Bundesrats über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmte Anlagen enthalten insofern eine Verbesserung der bestehenden Bundesratsverordnung, als jetzt ein Luftraum von mindestens zehn Kubikmeter für eine erwachsene Person gefordert wird. Die Verordnungen vom 5. Juli 1893 und vom 9. April 1895 forderten nur einen Luftraum von sieben Kubikmetern. Sogieniker und auch das Reichsgesundheitsamt behaupten, ein mindestens ein Luftraum von 15 Kubikmetern vorhanden sein muß, wenn die Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdet werden soll. Von echt Bülowschen sozialpolitischem Geist zeugt die Behandlung der Zigarettenarbeiter. Früher fand die Verordnung auf Zigarettenfabriken Anwendung. Dann beschritt ein bestraftes Zigarettenfabrikant den Rechtsweg, und da erkannte das Kammergericht, daß die Verordnung auf Zigarettenfabriken keine Anwendung finde. Statt nun die Verordnung entsprechend zu ändern, bleibt die Lücke bestehen. Arme, die Tabak einpacken, dürfen in tiefen Kellern, auf Böden mit unverdichteten Dämpfen, in Räumen, wo Tauben stehen, arbeiten, wenn der abgerippte Tabak zur Zigarettenfabrikation verwandt werden soll. Für Zigarettenarbeiter ist kein Mindestluftraum vorgeschrieben. Obwohl alle Mißstände, die den Erlaß der Verordnung herbeisehnten, für Zigarettenfabriken auch bestehen, wird den in diesen Fabriken beschäftigten Frauen und Mädchen der Schutz nicht gewährt. Bei Beratung des Zigarettensteuergesetzes wurde auf diese Mißstände hingewiesen. Aber für sozialpolitische Maßnahmen ist unter der Führung des Fürsten Bülow noch weniger Stimmung, als bei seinen Vorgängern!

Der Schiffbauerstreik in Aussig a. d. Elbe ist, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, siegreich beendet. Die Werftdirektoren haben die verlangten Lohnerhöhungen bewilligt.

Anfrage. Am ersten Januar empfing Genosse Gerisch von einem Herrn Em. Fr. per Post fünfzig Mark zugesandt mit der Weisung, sie dem Genossen Bebel zu übergeben. Der Genosse Bebel bittet den Absender, ihm mitzuteilen, für welchen Zweck diese 50 Mark bestimmt sein sollen.

Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(35. Fortsetzung.)

22.

Herr v. Zühbig hatte an diesem Morgen außerordentlich lange geschlafen, um sich von den gehabten Strapazen gehörig auszuruhen war dann in sein Bureau gegangen, um die nötigen und laufenden Geschäfte zu ordnen, und schlenderte danach langsam einem Frühstückskeller zu, eine Erfrischung einzunehmen.

Es war das ein Platz, der ausschließlich von der haute volée besucht wurde — Herr v. Zühbig wäre auch sonst nicht hingegangen. Besonders fanden sich die Kavallerie-Offiziere gern hier des morgens zusammen, und der Intendant hatte viele Freunde unter dem Militär, dem einst selber angehört zu haben sein Stolz war.

Das höchst elegant eingerichtete Lokal wurde selbst den Tag über von Gasflammen erhellt, da Tageslicht nie hineindringen konnte; weiche Plüschsofas zogen sich an den Seiten hin, und kleine, durch schwere Gardinen abgeschiedene Räumlichkeiten bildeten traulich gemütliche Plätzchen, in denen sich ein paar Zecher hübsch abgesondert von den übrigen halten konnten.

Von Zühbig war aber gesellschaftlicher Natur; er gehörte zu den Persönlichkeiten, die ein stilles, zurückgezogenes Familienleben nur dem Namen nach kennen — wenigstens davon gehört hatten, wenn sie auch nicht daran glaubten, und eigentlich nur, wie der Jäger sagt, „in Rudeln“ gefunden werden. Morgens war er in seinem Bureau oder auf der Promenade, bei schlechtem Wetter im Café oder Delikatessenkeller — nachmittags hier oder da mit Freunden zusammen, und abends im Theater oder beim Whist. Aus diesem Grunde verschmähte er auch die kleinen abgeschiedenen Lokale, nannte sie „Gefangenzellen“ und protegierte den langen Gesellschaftstisch, an dem er hoffen durfte mit Gleichgesinnten zusammen zu treffen.

Heute hatte er übrigens dazu eine ungünstige Zeit gewählt. Es war noch zu früh oder schon zu spät für die gewöhnlichen Gäste, und von Zühbig befand sich hinter einem Glas alten Madeira und einem Teller mit Kaviar ganz allein und keineswegs so gemütlich, wie er es erwartet haben mochte. Vergebens hatte er auch, in einer Art von Instinkt, dann und wann nach den Fenstern geschaut, ob nicht etwa Ankömmlinge sein Los erleichtern wollten. Die Fenster waren nämlich bloß Imitationen von wirklichen, tatsächlichen Lichtverbreitern; sie bestanden aus Spiegelglas und warfen ihm stets nur sein eigenes unzufriedenes Bild zurück.

„Garçon! rief Herr v. Zühbig.

„Zu Befehl, Ew. Gnaden.“

„Der Madeira ist heute abominabel — der muß auf einem Heringsfaß gelegen haben.“

„Bitte tausendmal um Verzeihung, Ew. Gnaden — er hat in Flaschen dreimal die Linie passiert.“

„So? — in der That? dann ist er oder ich jetzt an der andern Seite vom Äquator — aber Sie sprechen wahrscheinlich von dem Kaviar. Der schmeckt wirklich so, als ob er dreimal die Linie passiert haben könnte. Er ist ganz ranzig.“

„Der beste russische, der nur zu bekommen war.“

„Ein hartes Brötchen haben Sie mir auch dazu gegeben, und die Zitrone hier hat wahrscheinlich eine ägyptische Mumie einige tausend Jahre zur Verzierung in der Hand gehalten. Mit solchen Waren ist es kein Wunder, daß die Gäste ausbleiben, und ich scheine hier als letzter der Mohikaner die Reste zu verzehren. Fürchten Sie sich nicht, den Keller hier so allein zu bewohnen?“

Der Kellner lächelte verlegen, und Herr v. Zühbig trank seinen Madeira und schob das Glas von sich.

„Geben Sie mir noch einen Schnitt, aber aus einer andern Flasche; ich fürchte, diese ist aus Versehen irgendwo zurückgeblieben, als ihre Kameraden auf Reisen gingen.“

„Herr v. Zühbig — richtig wie ich gehofft,“ sagte in diesem Augenblicke eine feine Stimme, und durch die halbgeöffnete Tür schaute das vergnügte Gesicht des Baron Silberglanz, während er jetzt ins Zimmer glitt und, von dem Kellner unterstützt, Hut und Paletot ablegte.

„Wirklich noch ein Mensch!“ rief der Intendant. „Mein guter Baron, Sie sind wohl auf einer Entdeckungsreise begriffen, mich, als einen Verschollenen, irgendwo an den unwirtlichen Ufern des Eismeeres aufzusuchen. Sie kommen zur rechten Zeit — eine Hundekälte herrscht überhaupt hier, und ich habe mich in Ermangelung eines besseren die letzte Zeit über schon mit Fischeiern und Tran, welcher jener junge scherzhafte Mensch Madeira nennt, ernähren müssen.“

„Ich habe Sie in der Tat gesucht, bester Intendant,“ sagte der Baron, indem er sich neben Herrn v. Zühbig niederließ. — „Garçon, mir auch von diesen Fischeiern und Thran — und war schon auf Ihrem Bureau, um Sie dort zu finden.“

„Aus reiner Anhänglichkeit oder aus einem andern Grunde?“

„Beides — zuerst wollte ich mich erkundigen, wie Ihnen die Fahrt bekommen ist.“

„Vortrefflich, wie Sie sehen; ich habe sogar eine so robuste Konstitution mitgebracht, daß ich imstande bin, die Kost hier zu vertragen. Darüber also beruhigt, mit was kann ich Ihnen weiter dienen?“

„Ja, mein bester Herr v. Zühbig — Sie — Sie wissen doch, daß ich Sie schon früher gebeten hatte, mir sicher für die neue Oper eine Loge reservieren zu lassen?“

„Allerdings.“

„Das wollte ich Ihnen gern noch einmal ans Herz legen, daß Sie es ja nicht vergäßen. Ich habe es einer befreundeten Familie fest versprochen und möchte nicht wortbrüchig werden.“

„Das ist allerdings viel Aufopferung“, versicherte Herr v. Zühbig, „daß Sie sich, nur um ein Versprechen zu halten, dem hiesigen Madeira und Kaviar aussetzen. Weiter war es nichts?“

„Weiter? — nein — nicht daß ich wüßte — Ihre Gesellschaft allerdings ausgenommen“ — v. Zühbig verbeugte sich leicht und lächelnd. „Allein schmeckt mir der Wein auch nicht“, fuhr der Baron fort, „und es plaudert sich am besten zu Zweien. Apropos, haben Sie auf Ihrer letzten Reise einige Jagden mitgemacht?“

„Nein, Sie wissen ja, ich hatte keine Zeit dazu.“

„Sonst — haben Sie keine Bekannten unterwegs getroffen?“

„Sonst? — ah so, Sie meinen außer dem Monsieur Bertrand und seiner schönen Frau“, erwiderte Herr v. Zühbig, und ein eigenes Lächeln zuckte um seine Lippen. Er wußte jetzt, wo hinaus sein teilnehmender Freund wollte, und mit einigem trocknen Humor, den er besaß, fühlte er sich gerade

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Polenprozeß. Die Zustände, die in der „Deutschen Ostmark" der preußisch-hakatistische Religionskrieg gegen polnische Schulkinder geschaffen hat, werden grell durch einen Prozeß beleuchtet, der vor dem Landgericht in Posen verhandelt wurde, und in dem, wie immer, der Redakteur einer Zeitung der Angeklagte war. In der Nummer 36 des „Kuryer Poznanski" vom 31. Oktober v. J. war ein Artikel enthalten, in dem verschiedene Vorkommnisse bei einer Revision der Volksschule in Labischin geschildert wurden. Nach dieser Schilderung hat dort am 19. Oktober v. Js. der Kreisschulinspektor Kempff bei einer Revision einen Lehrer in sein Amt eingeführt. Bei seinem Eintritt in die Oberschule der Schule grüßten die Kinder nicht wie früher, deutsch, sondern in polnischer Sprache. Der Kreisschulinspektor habe hierauf sechs der widerspenstigen Knaben über die Bank ziehen und sie mit je fünf Schlägen bestrafen lassen. Dabei habe er zu dem Hauptlehrer geäußert: „So etwas dürfen Sie sich nicht bieten lassen. Jeder, der Ihnen die Antwort verweigert, erhält fünf Streiche." In einer anderen Klasse derselben Schule soll der Kreisschulinspektor den Lehrer ermahnt haben, die Kinder zu erziehen, „in der Zucht und Ermahnung zum Herrn." Bei dieser Gelegenheit habe dann der Kreisschulinspektor die Äußerung getan: „Hauen Sie die Kinder, bis das Blut spritzt!" Infolge dieser Reden und der Züchtigungen hatte sich eine große Menschenmenge vor der Schule angesammelt, so daß der Kreisschulinspektor sich genötigt sah, zu seinem persönlichen Schutze zwei Gendarmen heranholen zu lassen, in deren Begleitung er das Schulgebäude verließ und sich nach dem Bahnhof begab.

Durch diesen Artikel hatte sich der Kreisschulinspektor Kempff beleidigt gefühlt und gegen den verantwortlichen Redakteur genannter Zeitung, Kasimir Ziolkowski, Strafantrag gestellt. In der Verhandlung, zu der außer drei Lehrern der betreffenden Schule und den beiden Gendarmen auch eine größere Anzahl Schulkinder in Begleitung ihrer Eltern erschienen waren, erbot sich der Angeklagte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten. Der Kreisschulinspektor Kempff, der als erster Zeuge vernommen wurde, bekundete u. a.: Als er in das Schulzimmer trat, sei es ihm aufgefallen, daß die Kinder in ostentativer Weise statt des deutschen Grußes ein unverständliches Murmeln hören ließen. Er habe darauf einige Prüfungen in dem Unterrichtsgegenstand, der gerade anstand, vorgenommen; als ihm einige Knaben die Antwort verweigerten, habe er sie mit je fünf Schlägen bestrafen lassen. Diese Strafe sei an etwa sechs Knaben vollstreckt worden. Er habe allerdings dem Hauptlehrer gesagt: „So etwas dürfen Sie sich nicht gefallen lassen"; daß er aber die Äußerung getan haben könne: „Hauen Sie die Kinder, bis das Blut spritzt!" sei ganz unmöglich; das Wort „hauen" sei ihm gar nicht geläufig. Auch die drei als Zeugen vernommenen Lehrer sagten aus, daß sie diese Äußerung nicht gehört hätten. Dagegen bekundeten die geladenen Schulkinder, etwa 12 an der Zahl, das genaue Gegenteil. Die Kinder, Knaben wie Mädchen, die sich sämtlich in dem Alter von 13 bis 14 Jahren befinden, sagen übereinstimmend aus, daß sie von der ersten Klasse nach der dritten gewiesen wurden, wo sie bei der Einführung des neuen Lehrers singen mußten. Hier hätten sie genau gehört, wie bei der Ansprache, die der Kreisschulinspektor an die Lehrer hielt, die Worte gefallen seien: „Hauen Sie die Kinder, bis das Blut spritzt!" Die Kinder blieben auch bei ihrer Aussage, nachdem sie wiederholt vom Vorsitzenden ermahnt wurden, nur die volle Wahrheit, sonst lieber nichts auszusagen, und trotzdem sie den Lehrern gegenübergestellt wurden. Der Zeuge Urbanowski sagt aus, daß bereits eines seiner Kinder durch Mißhandlungen in der Schule zum Krüppel geschlagen worden sei. Er habe sich deshalb, als er von den neuen Züchtigungen in der Schule hörte, nach dem Schulhause begeben, und den Lehrer zur Rede stellen wollen, doch habe er hier weder den Lehrer noch den Hauptlehrer sprechen können. Auch der Zeuge Dukiewicz sagt in ähnlicher Weise aus.

Der Verteidiger, Reichstagsabgeordneter v. Chrzanowski, beantragt hierauf, sämtliche Schulkinder der 1. und 3. Klasse der Schule in Labischin zu vernehmen; der Staatsanwalt schließt sich dem Antrage an, will aber noch die beiden Lehrer Müller und Rümmler, die bei der Einführung zugegen waren, als Zeugen geladen wissen. Beide Anträge werden jedoch vom Verteidiger sowohl wie vom Staatsanwalt zurückgezogen. — In seinem Plaidoyer sagt der Staatsanwalt, daß seiner Ansicht nach die Kinder von irgend einer Seite beeinflußt sein müßten. Es sei auch nicht anzunehmen, daß der Kreisschulinspektor die angeführte Äußerung getan haben könne. Doch gebe er zu, daß sich die Beweisaufnahme durch die Aussage der Schulkinder zugunsten des Angeklagten gestaltet habe. Er beantragte eine Geldstrafe von 50 Mk. — Der Verteidiger führte aus: die Beweisaufnahme hat zweifellos die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen ergeben. Die Bestimmtheit, mit der sämtliche Kinder ihre Aussagen trotz der eindringlichsten Ermahnungen gemacht hätten, beweise, daß die erwähnte Äußerung des Kreisschulinspektors gefallen sei. Außerdem sei den Kindern ein größerer Glaube zuzumessen, da es ihnen gleich sei, wie der Prozeß ausgehe, während doch der Kreisschulinspekter Kempff an der Sache interessiert sei, da er, wenn ihm nachgewiesen würde, daß er zur Überschreitung des Züchtigungsrechtes und somit zu einer ungesetzlichen Handlung aufgefordert habe, sich strafbar machen würde.

Das Gericht hielt dagegen den Wahrheitsbeweis für völlig mißlungen und erkannte auf die beantragte Geldstrafe von 50 Mark; außerdem wurde dem Kreisschulinspektor die Publikationsbefugnis des Urteils im „Kuryer Poznanski" sowie in den drei deutschen Zeitungen Posens zugesprochen. — Kommentar überflüssig.

Wieder ein Opfer des Majestätsbeleidigungwahnsinns. Vor der Strafkammer in Hagen in Westfalen wurde der Schlosser Kipper aus Menden wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte stützte sich, wie noch berichtet wird, auf den jüngsten Erlaß des Kaisers und suchte nachzuweisen, daß die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen gar nicht im Sinne des Kaisers sei. Da er sich in seinen Ausführungen jedoch wenig Zwang auferlegte, mußte (?) er zu einer sofort zu vollstreckenden dreitägigen Haftstrafe verurteilt werden.

Vom polnischen Kriegsschauplatz. Der Päpstliche Kammerherr und Praebendar Joseph Klos, Redakteur des „Przewodnik Katolicki", ist wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Schulstreik) zu einer Geldstrafe von 450 Mk. verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Aus Nah und Fern.

In den Armen der Mutter erschossen. Eine ungemein rohe Tat beging der Schlosser Robert Hein in Oberschöneweide. Er erschoß sein eigenes Kind, das in den Armen der Mutter lag. Hein war ein sehr eifersüchtiger Mensch. Er geriet mit seiner Frau in Streit. Nach kurzem Wortwechsel griff Hein zu einem Revolver und erschoß seinen fünf Monate alten Sohn Bernhard in den Armen der Mutter. Der Vater wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt. Bei der Vernehmung bestritt Heine die vorsätzliche Tötung. Er gab an, daß er in der Erregung blindlings nach der Waffe gegriffen habe, ohne selbst zu wissen, was er damit anfangen wollte. Dann sei der Schuß, ohne daß er die Waffe angelegt und gezielt habe, losgegangen und habe sein Kind getötet. Er sei durch den Ausgang so erschüttert gewesen, daß er völlig betäubt dagestanden und erst bei dem Erscheinen der Polizei wieder zur Besinnung gekommen sei. Hein ist aus der Haft wieder entlassen worden.

Der Streit im Damenkränzchen. Die Kissinger Saale-Zeitung berichtet über eine Schöffengerichtsverhandlung in Schweinfurt, die eine Reihe ergötzlicher Bilder aus dem Gesellschaftsleben einer kleinen Stadt bot. Die Angelegenheit, so berichtet das Blatt, hätte eigentlich am Schauplatze der Ereignisse, in N., zur Verhandlung kommen sollen, da aber der dortige Amtsrichter selbst in die Sache verwickelt war, wurde diese auf Beschluß der Beratungskammer des Landgerichts dem Schweinfurter Amtsgerichte überwiesen. Der Sachverhalt ist folgender: Am 5. Dezember v. J. hatte die Frau Bankier H. in N. an die Frau Amtsrichter L. daselbst ihr Dienstmädchen mit dem Auftrage geschickt, sie wegen Unwohlseins in Damenkränzchen zu entschuldigen und ihr mitzuteilen, wieviel der auf sie entfallende Beitrag für ein Geschenk ausmache, welches einer aus dem Kränzchen und von N. geschiedenen Dame zum Andenken überreicht worden war. Die Frau Amtsrichter wollte nun aus den Äußerungen des Dienstmädchens entnommen haben, daß die Frau Bankier sich vom Kränzchen zurückziehen wolle, und säumte nicht, den Damen ihre Wahrnehmung kundzugeben. Darob allgemeine Überraschung. Es kam der übernächste Kränzchentag, und mit ihm auch der Augenblick herbei, wo die Frau Bankier, die garnicht daran dachte, aus dem Kränzchen auszutreten, die Frau Amtsrichter ob ihrer Behauptung zur Rede stellte; ein Wort gab das andere, und die Situation wurde schließlich so kritisch, daß im hohen Rat beschlossen wurde, eine Generalversammlung sämtlicher Angehörigen des Kränzchens einzuberufen, um die sich immer mehr auswachsende Angelegenheit nach allen Seiten gründlich zu beleuchten und zu klären. Das Ergebnis entsprach nicht den gehegten Erwartungen. Die beiden Parteien gerieten im Gegenteil so scharf aneinander, daß an eine friedliche Beilegung der Sache nicht mehr zu denken war. Nach dieser denkwürdigen Generalversammlung lief bei der Frau Bankier ein Brief des Herrn Amtsrichters ein, in welchem dieser Herr seine Gattin gegen die Angriffe der Frau Bankier und ihres Kränzchen-Anhanges energisch in Schutz nahm und dieser Mangel an Bildung, sowie Charakter- und Gewissenlosigkeit vorwarf. Um die Ruhe des freundlichen Saale-Städtchens war es nun geschehen. Nur die heilige Justitia konnte diesem, auf die Dauer unhaltbaren Zustand durch einen entschiedenen Machtspruch ein Ende machen. In der Gerichtsverhandlung, zu der sich die „Oberen Zehntausend" von N., teils als Zeugen, teils als Interessenten, fast vollzählig eingefunden hatten, versuchte der Vorsitzende einen Vergleich herbeizuführen; der Amtsrichter weigerte sich aber, darauf einzugehen, worauf die Verhandlung fortgesetzt wurde. Die Vernehmung der verschiedenen Kränzchen Damen und die Wiedergabe des ganzen Wustes kleinstädtischen „besseren Gesellschafts"-Klatsches gestaltete sich wider Erwarten so heiter, daß mehrmals um Ruhe gebeten werden mußte. Und nun kam das Urteil: die Frau Bankier wurde freigesprochen, und der Amtsrichter außer zur Tragung sämtlicher nicht unerheblichen Kosten zu 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Die „Sippe" von Semfale. An die „Sippe" des altdeutschen Privatrechts erinnert, wie man der „Frankf. Ztg." aus der Schweiz schreibt, ein patriarchalisches Familienverhältnis in der freiburgischen Gemeinde Semfale. Dort lebt eine Familie von 11 Brüdern mit über vierzig Kindern und alle zusammen wohnen miteinander in einem einstöckigen Haus. Die Brüder stehen unter dem Kommando eines alten Onkels, der die Rechnung führt und das Geld verwaltet. Die Familie ist sehr wohlhabend und besitzt einige hundert Stück Groß- und Kleinvieh. Unter den Brüdern und ihren Frauen soll noch niemals auch nur der geringste Zwist ausgebrochen sein. Die Familie hat eine eigene Bäckerei, ein Schlachtlokal und ein großes Waschgebäude. Im Winter werden die Kinder per Schlitten ins nächste Dorf gefahren, wohin ihnen auch von Hause das Mittagessen gebracht wird, das sie in einem großen Raume miteinander einnehmen.

Eine große Skandalaffäre wurde in Völklingen (Saar) aufgedeckt. Acht junge Mädchen aus den besseren Ständen wurden wegen Verbrechens gegen das keimende Leben verhaftet. Ihr Helfershelfer, ein Bäckermeister, wurde ebenfalls verhaftet.

Fünf Kinder verbrannt. In der Küche eines Hauses in Bristol unterhielten sich sieben Kinder, von denen das älteste neun Jahre alt war, damit, in einer Pfanne Teer zu kochen. Der Teer kochte über und setzte die Kleider der Kinder und die Möbel in Brand. Zwei Kinder vermochten sich zu retten, während die übrigen verbrannten, ehe die Feuerwehr zur Stelle war.

Einseifung.

So seid gegrüßt, des Reichstag neugewählte Boten,
Von rechts und links, zum edlen Bunde neu geeint!
An Stelle vieler ruhmvoll unterlegner Toten
Seid ihr dem truggedünkten Wahlfeld frisch ent—keimt.

Verbündet seid ihr, mit der Erzbischöfe Segen,
Agrarier, Schlotbarone und der kleine Kohn;
So kämpft ihr unter Bonapartes Degen
Für den Altar, für euren Vorteil und den Thron.

O Vaterland, die du gewählt, für dich zu streiten,
Zu großen Taten halten sie sich schon bereit:
Gib acht, was werden sie nicht alles niederreiten!
Die Lust ist groß — fünf Jahre eine lange Zeit.

Die Glocke tönt, im Haus beginnt es sich zu rühren,
Es füllet sich allmählich schon der Sitzungsraum.
Halt dich bereit, mein Volk, nun wird man dich barbieren;
Schau hin! Sieh, Bernhard Bülow schlägt bereits den Schaum! (Puck.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

in der Stimmung, ein halb Stündchen Zeit damit zu töten, Herrn von Silberglanz ein wenig zu dupieren. — Er konnte ihn außerdem nicht leiden — vielleicht nur, weil ihn Frau von Zühbig protegierte — vielleicht, weil er im Stillen den neugebackenen Adel mit Geringschätzung betrachtete. Viele, sehr viele der haute volée, Herr von Zühbig nicht ausgenommen, würden sich auch wenig um den jungen Baron mit seinem unangenehm eitlen Wesen gekümmert und ihn vollständig links liegen gelassen haben, wenn — sie ihn eben hätten entbehren können. Herr v. Silberglanz war aber sehr reich und gegen den hohen Adel — zu dem zu gehören er den größten Stolz fühlte — sehr liberal, und die Konsequenz daraus ist leicht zu ziehen.

„Herr v. Zühbig brauchte ebenfalls sehr häufig Geld, und je nachdem dieses Bedürfnis stieg oder sank, stieg und sank auch zugleich sein Freundschafts-Thermometer für den Baron. Ganz fallen lassen konnte er ihn aber nie, und unter vier Augen oder im kleinen Familienkreise war er die Herzlichkeit selber; öffentlich jedoch machte er keinen Staat mit ihm und vermied ihn, wo es nur irgend schicklicher Weise geschehen konnte.

„Nein, lieber Freund", setzte v. Zühbig deshalb, wie sich besinnend, hinzu, „nicht daß ich wüßte. Keinenfalls irgend eine vorragende Persönlichkeit, für die Sie sich besonders interessieren würden."

„Eigene Sache das, mit jenem Monsieur Bertrand und seiner Frau!" sagte Silberglanz nach einer kleinen Pause, in der er an seinem Madeira langsam gesogen.

„Höchst eigen, in der Tat!" erwiderte v. Zühbig, seinem Beispiele folgend.

„Daß sich der Mann zu einer solchen Rolle hergibt!"

„Er wird es bald satt bekommen."

„Und die Frau?"

„Hat es schon lange satt."

„Glauben Sie wirklich?"

„Lieber Silberglanz, von glauben kann keine Rede mehr sein, wenn es einem mit dürren Worten gesagt wird."

„Aber das erwähnten Sie doch nicht?"

„Weil ich vor meiner Frau von jener Georgine so wenig wie möglich sprechen wollte, denn das arme Kind ist fabelhaft eifersüchtig, und oft ohne den geringsten Grund; wahrhaftig, Baron, ohne den geringsten Grund. Apropos, Silberglanz, Sie Schelm Sie! ich habe ja gar nicht gewußt, daß Sie in so genauer Verbindung mit der Bertrand gestanden haben."

„Ich, lieber Zühbig? Bitte sprechen Sie nicht so laut, der Kellner da drüben spitzt seine Ohren schon, das — war auch gar nicht der Fall."

„Bit, bst, Männchen, keine Flausen!" drohte ihm v. Zühbig lächelnd mit dem Finger; „wenn eine Frau einmal das eingesteht, was mir die schöne Georgine eingestanden hat, da ist's nachher nicht mehr richtig, und mir machen Sie in der Hinsicht nichts mehr weis. — Aber was geht's mich an! das ist eine Sache, die jeder mit sich selber auszumachen hat, und ich wäre der letzte, der Sie deshalb tadelte."

„Aber was hat sie Ihnen nur gesagt? flüsterte der Baron, dem jetzt selber daran lag, etwas zu erfahren, von dem er fast überzeugt war, daß es ein Mißverständnis sein müsse, hätte ihn v. Zühbigs Ruhe und Sicherheit nicht wieder irre gemacht. — „Was kann sie Ihnen um Gottes willen gestanden haben?"

„Daß sie sich unglücklich in dem Verhältnis fühle, und daß ihr ein Freund fehle!" flüsterte v. Zühbig.

„Ein Freund?"

„Ja — noch einer," sagte der Intendant. „Zwei hat sie, die scheinen ihr aber noch nicht genug zu sein — sie sagte, sie müßte jemanden haben, der es ehrlich mit ihr meinte."

„Ehrlich?"

„Nun, das sind so Redensarten."

„Aber was habe ich damit zu tun?"

„Sie sagte mir ferner," fuhr v. Zühbig fort, daß sie hier in der Residenz eine Bekanntschaft gemacht habe — aber Verhältnisse wären damals störend dazwischen getreten — sie nannte keinen Namen, aber sie versicherte mir, das sei ein Ehrenmann gewesen."

„Da war ja aber doch von mir noch immer keine Rede."

„So? aber kurz vorher hatte sie mich gefragt, ob ich einen gewissen Baron Hugo v. Silberglanz in der Residenz kenne, und als ich es bejahte und ihr versicherte, daß er zu meinen speziellen Freunden gehöre, wurde sie so rot, wie Blut nur machen kann."

„In der Tat?"

„Und als ich fortging und uns ihr — Mann einen Augenblick verlassen hatte, trug Sie mir wohl keinen Gruß an Sie auf, he? und hat mir wohl nicht dabei freundlich gesagt, ich möchte den Namen ihres stillen Aufenthaltes Schildheim nicht vergessen?

„Hat sie das in der Tat?" sagte v. Silberglanz, und wie in Gedanken leerte er sein Glas Madeira und schlug mit dem Messer daran, es von dem herbeischnellenden Garcon wieder füllen zu lassen.

„Ich denke doch," sagte v. Zühbig, als der Kellner mit dem Glase durch eins der Fenster verschwunden war, „daß eine Dame eigentlich nicht gut mehr zu verstehen geben könnte."

Baron v. Silberglanz schüttelte lächelnd mit dem Kopfe. „Und doch haben Sie die Donna falsch verstanden," sagte er, „sie hat mich auf keinen Fall damit gemeint — wahrscheinlich den Grafen selber. Sie weiß, daß Sie mit ihm befreundet sind, und wünscht, allem Vermuten nach, ihn auf eine feine Weise wissen zu lassen, daß sie — eben Langeweile hat."

„Lieber Freund!"

„Ich gebe Ihnen mein Wort, nicht anders. Und wenn's wirklich anders wäre, was hälfe es mir. Jener Ort — Schildheim nannten Sie ihn?"

„Ja wohl."

„Nun ja, jener Ort liegt Gott weiß wie weit von hier entfernt — im Mecklenburgischen, nicht wahr?"

„Allerdings."

„Nun sehen Sie, und vielleicht weit von einer Eisenbahn?"

„Etwa sechs Stunden zu fahren."

„Entsetzlich — aber das ist ja kaum möglich. Da irren Sie sich, lieber Zühbig. In letzter Zeit sind mehrere Eisenbahnen dort gebaut, daß man wohl kaum sechs Stunden von einem Geleis zum andern hat. Sechs Stunden vielleicht zu gehen."

„Bitte um Verzeihung; zu fahren."

„Wie heißt denn die nächste Station?"

„Kolbendorf," erwiderte v. Zühbig, und mußte sich Mühe geben, das Lächeln zu verbergen, das ihm wider Willen um die Lippen zuckte. Er durfte natürlich nicht merken, daß v. Silberglanz alle nötigen geographischen Kenntnisse unter der Hand zu sammeln wünsche.

„Lauter fremde Namen," sagte der Baron gleichgültig. „Ja, wenn der Ort auf meinem Wege nach Paris läge, machte ich vielleicht des Spaßes halber auf der Hin- oder Rückreise einen Abstecher da hinüber."

„Wollen Sie nach Paris, Baron?"

„Ich muß dahin — in Geschäften für meinen Papa, den alten Baron. Die Zeit ist aber noch nicht bestimmt und hängt eben von Umständen ab. Wahrscheinlich werde ich den Rest des Winters dort zubringen."

„Ach, da beneide ich Sie; wer da mit könnte!" seufzte v. Zühbig, indem er von seinem Sitze aufstand und an sein Glas schlug.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Frühjahrs-Saison.

Wir eröffnen die Frühjahrs-Saison

Zur Konfirmation

mit einer reichhaltigen Kollektion

neuer Formen, deren Solidität u. Billigkeit

berechtigtes Aufsehen erregen!

Beispielsweise empfehlen wir:

Ein Posten Damen-Knopf-Stiefel 3.85 Mk.
mit Lackspitze, wetterfest,
Restposten, daher nur solange Vorrat . . . . . .

Damen Boxhorse-Schnür-Stiefel 5.90 Mk.
moderne Form, tadelloser Sitz . . .

Damen Schnür-Stiefel mit Lackkappe, leichter, chicker Strassenstiefel 5.90 Mk.

Damen Boxcalf-Schnür-Stiefel 6.90 Mk.
äusserst weich und haltbar . . . .

Braune Damen Schnür-Stiefel 5.65 Mk.
Ziegenleder, bequeme, hübsche Form

Braune Damen Schnür-Stiefel 8.90 Mk.
Chevreauhorse, hochmodern . . . .

Damen Spangen-Schuhe 2.35 Mk.
beliebte Haus- und Strassen-Schuhe

Damen Gitter-Spangen-Schuhe 3.75 Mk.
elegante Ballschuhe, extra billig . .

Herren Schnür-Stiefel
Boxross, besonders preiswerte Fasson-Stiefel . . . . . 6.35 Mk.

Herren Schnür- und Schnallen-Stiefel 7.65 Mk.
haltbare, feine Strassenstiefel .

Braune Herren Schnür-Stiefel 7.65 Mk.
moderne Passform . . . . . .

Herren Boxcalf-Schnür-Stiefel 8.65 Mk.
äusserst durabel . . . . . .

Für Konfirmanden:

Knaben-Stiefel, leicht und haltbar
No 39-40 5.95 Mk. 36-38 5.35 Mk.

Mädchen-Stiefel, moderne Ausführung
No. 31-35 4.25 Mk. 27-30 3.75 Mk.

Unsere Spezialität:

„Original Goodyear Welt"-Fabrikate
bietet vollendete Auswahl in den neuesten französischen, letzten englischen und besten deutschen Formen, in hocheleganter Ausführung.

∴ Besichtigung gern erbeten ∴

„Farbige Schuhe u. Stiefel"
für Damen, Herren und Kinder in diversen Farben und Ausführungen.

„Schul-Stiefel"
Spezialität: Extra starke Schul-Stiefel für kleine Wildfänge.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Conrad Tack & Co. Burg b. Magd

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands
welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Prüfen Sie unsere Qualitäten!

Vergleichen Sie unsere Preislagen!

Verkaufs-Geschäft **Lübeck:**

nur 47 Breitestrasse 47.

Rote Lubeca-Rabattmarken — Rote Lubeca-Rabattmarken.

Rote Lubeca-Rabattmarken. Rote Lubeca-Rabattmarken. Rote Lubeca-Rabattmarken. Rote Lubeca-Rabattmarken.

Geschäftsprinzip: Vom Guten das Beste! Aufmerksame Bedienung.

Albert Meincke, Lübeck

Rote Lubeca-Rabattmarken. Umtausch gern.

Aegidienstraße 15, Ecke Königstraße 108,
Fernruf 1771.

Manufaktur- und Modewaren,

Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion.

Wäsche- und Aussteuerartikel,
Betten, Bettfedern und Daunen.

Mitglied der Norddeutschen Einkaufs-Vereinigung Lübeck.

Gardinen, Tischdecken, Teppiche,
Läuferstoffe, Linoleum, Wachstuche

Braut-Ausstattungen. Hotel-Einrichtungen.

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr und Sommer sind eingetroffen:

Schwarze u. farbige Jacketts für Konfirmandinnen von 3.00 3.50 bis 15.00 Mk.
Schwarze und farbige Kleiderstoffe in allen Preislagen von 70 Pfg. bis 6.00 Mk.
Seidene, wollene, Kattun- und Musseline-Blusen von 95 Pfg. bis 25 Mk.
Kostüm-Röcke in grau, sportfarbig und schwarz von 2.00 Mk. an bis 25.00 Mk.

Konfirmanden-Anzüge 6.75 8.50 10.75 bis 25 Mk. **Burschen-Anzüge** von 5.00 Mk.

Berufskleidung.

Handschuhe, Konfirmanden-Hüte, Wäsche und Kravatten.

Niederlagen:
36 Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestraße.
In Ahrensböck bei J. Dose.
In Neustadt i. H. bei Fink & Nehls.
In Oldesloe bei Meincke & Hansen.

Rote Lubeca-Rabattmarken. Rote Lubeca-Rabattmarken.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlm. 10.
z. B. komplete Betten von 19.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Van den Bergh's Margarine „Frauenstolz“
— hochfeine Spezialmarke —
per Pfund 80 Pfg.
ersetzt feinste Butter.
Zu haben bei:
M. Gierz, Finkenstraße 3.

Gratis!
Am **Sonnabend, den 2. März,** verabfolge beim **Einkauf von Waren** (Zucker ausgenommen) in **Höhe von Mk. 1.—** an nach Wahl entweder
eine hochfeine Kaffeedose oder eine feine Porzell.-Kaffeetasse od. eine elegante Teedose oder 2 Gewürzdosen,
in Höhe von Mk. 1.50 an
3 Gewürzdosen, eine sehr feine Porzellan-Kaffeetasse od. ein hübsch genutzt. Metall-Tablett oder
doppelte Rabattmarken.
Nachstehende **Spezialmarken meiner beliebten gebrannten Kaffees** empfehle ganz besonders:

Guatemala-Melange	Pfd.	Mk. 1.00
Guatemala-Costarica-Mel.	„	„ 1.20
Feine Java-Melange	„	„ 1.40
Feinste Karlsbader Misch.	„	„ 1.60

Hamburger Kaffee-Lager
C. Retelsdorf
Lübeck
10 Holstenstrasse 10.

Billig, Billig.

Weiße Ringäpfel	Pfd.	40	Pfg.
Gute Pflaumen	20 u.	30	„
Gem. Backobst	Pfd.	40	„
4 Pfd. Brechbohnen		48	„
2 „ „	26 u.	28	„
4 „ Schnittbohnen		48	„
2 „ „	26 u.	28	„
2 „ Erbsen	40 u.	48	„

Prima Tafel-Margarine,
1 Pfd. 70 und 2 Pfd. 135 Pfg.

Ia. Schweizerkäse	Pfd.	60 u. 80	Pfg.
Ia. Holländerkäse	Pfd.	80	„
Guter Tilsiter Käse	Pfd.	60 u. 65	„
Alter Käse	Pfd.	30 u. 40	„
Haushalt-Käse	Pfd.	33	„
Schweizer Bruchkäse	„	45	„
Limburger Käse	Stck.	45	„
Alte Harz-Käse	4 Stck.	10	„
Anchovis, sehr schön,	½ Pfd.	15	„
Kirschsaft	Fl.	30 u. 40	„
Magd. Sauerkohl	Pfd.	6	„

Eduard Speck,
Hüxstraße 80. Hüxstraße 80.

Pr. Ochsenfleisch Pfd. 70 Pf.
Fr. Schweinefleisch „ 65 Pf.
Pa. Kalbfleisch von 50 Pf. an
Pa. best. Schmalz Pfd. 65 Pf.
= kl. Rauchstücke Pfd. 80 Pf.

Pa. geräuch. Schweinsköpfe	Pfd.	50 Pfg.
Pa. geräuch. Nacken	Pfd.	90 Pfg.
Prima fetter Speck	Pfd.	80 Pfg.
„ magerer Speck	„	80 Pfg.
„ dicke Flohmen	„	70 „

Gekochte Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg., Braunschweiger 50 und 80 Pfg., Preßwurst 60 Pfg., Kohlwurst 60 Pfg., Brot- und Grützwurst Stück 10 Pfg., frisches Kopffleisch 40 Pfg., geräucherte Mettwurst 80 bis 120 Pfg.
Schwarzsauer 10 Pfg. Pa. Kuheuter 50 Pfg.
Diese Woche
Kopf und Bein Pfd. 20 Pf.
M. Labritz, Böttcherstr. 16.

Kopffleisch
Leberwurst / Brotwurst | Stck. 10 Pf.
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.

E. G. m. b. H.

Bilanz pro 31. Dezember 1906.

Activa.

		M.	₰
An	Grundstücks-Konto	139353	47
„	do. Johannisstraße 46/52	380641	17
„	Dampfmaschinen-Konto	409	87
„	Sieb- und Sichtmaschinen-Konto	698	01
„	Reinigungsmaschinen-Konto	51	36
„	Gasmotor- und Maschinen-Konto	3585	98
„	Inventarien-Konto	1357	66
„	Pferde- und Wagen-Konto	1151	20
„	Kassa-Konto	3784	18
„	Giro-Konto	11767	60
„	do.	29728	75
„	Depositen-Konto	650	—
„	Großeinkaufs Gesellschafts-Konto	1055	60
„	Bankeinlagen-Konto	1406	15
„	Debitoren Konto	1565	70
„	Waren-Konto	38351	73
	M.	615558	43

Passiva.

		M.	₰
Per	Geschäftsanteil-Konto	15170	—
„	Asservaten-Konto	804	—
„	Reservefonds-Konto	28463	84
„	Spezialfonds-Konto	26791	67
„	Unterstützungsfonds-Konto	7847	25
„	Bau-Konto	17434	01
„	Hypotheken-Konto	126000	—
„	do. Johannisstraße 46/52	209000	—
„	Spareinlagen-Konto	156445	14
„	Sparmarken-Konto	—	40
„	Kreditoren-Konto	11195	89
„	Gewinn- und Verlust-Konto: Reingewinn pro 1906	16406	23
	M.	615558	43

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.

			M.	₰
An	Dividenden-Konto laut Generalversammlungsbeschluß vom 26. Februar 1906		2844	—
„	Unterstützungsfonds-Konto do.		2000	—
„	Waren-Konto do.		1000	—
„	Gasmotor- und Maschinen-Konto do.		1500	—
„	Inventarien-Konto do.		1000	—
„	Pferde- und Wagen-Konto do.		1000	—
„	Spezialfonds-Konto do.		740	62
„	Handlungsunkosten-Konto		13820	20
„	Reparaturen-Konto		11813	63
„	Brenn- und Beleuchtungs-Konto		18535	99
„	Pferdeunterhaltungs-Konto		8156	02
„	Lohn- und Salär-Konto		68841	83
„	Zinsen-Konto		16349	35
„	Provisions-Konto		92286	18
„	Abgaben-Konto		4203	75
„	Abschreibungen:			
	25 % Debitoren-Konto	Mk. 521,90		
	2 % Grundstücks-Konto	„ 2843,95		
	do. Johannisstr. 46/52	„ 4000,—		
	20 % Dampfmaschinen-Konto	„ 102,47		
	30 % Sieb- u. Sichtmaschinen-Konto	„ 299,15		
	20 % Reinigungsmaschinen-Konto	„ 12,84		
	30 % Gasmotor- u. Maschinen-Konto	„ 1536,85		
	30 % Inventarien-Konto	„ 581,85		
	50 % Pferde- u. Wagen-Konto	„ 1151,21	11050	22
„	Gewinn-Vortrag auf neue Rechnung		16406	23
		M.	271551	02

Kredit.

		M.	₰
Per	Gewinn-Vortrag von 1905	10084	62
„	Gewinn auf Waren-Konto	243799	80
„	Miete-Konto	17666	60
	M.	271551	02

Am 1. Januar 1906 betrug die Mitgliederzahl	1171
Vor dem 1. Januar 1906 verstorben, jedoch nach dem 1. Januar 1906 gemeldet	2
Somit Bestand am 1. Januar 1906	1172
Eingetreten sind 1906	29
Bestand am Schlusse des Jahres 1906	1201
Abgang mit Schluß des Jahres 1906:	
Ausgetreten 4	
Verstorben 9	13
Somit Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1907	1188

Zehntes Jahr mit beschränkter Haftpflicht.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich seit dem 1. Januar 1906 um Mk 410,— vermehrt.
Die Haftsumme hat sich seit dem 1. Januar 1906 um Mk. 270,— vermehrt.
Betrag der Haftsumme am 31. Dezember 1906 Mk. 36 030,—.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand:
P. Pape.
J. Böger.

Der Aufsichtsrat:
C. Sandgaard.
G. Luckmann. **J. Neppenhagen.**
C. Hammann. **A. Beck.**

Uhren, Gold- u. Silberwar.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrmacher,
Königstraße 62, bei der Hüxstr.

Sonnabend und Sonntag sind **Ferkel zu verkaufen.**
Kröger's Gasthof,
Schwartau.

Sonnabend und Sonntag
Anstich von ff.
Bockbier.
Louis Klein
Hüxstraße 94.

Gute Zigarren 100 Stück 2.90 Mark. Johannisstraße 17/19.
Knochenfreies
Dänisch. Schweinefleisch
geräuch. Mettwurst
billig! billig! billig!
Markthalle Stand 34.